

Krötenwanderung jetzt!

Bank wechseln – und Druck machen für ein anderes Bankensystem!





Impressum

Redaktion: Max Bank, Erica Berta, Timm Faust, Tilman Hartwig, Harro Honolka, Sebastian Lange, Kay Oliver Schulze und Jutta Sundermann.

Layout: Jule Axmann

Druck: Pachnicke Druck Göttingen

2. Auflage, August 2011

Dank an: Die Organisationen Urgewald, Lobbycontrol, FIAN für hervorragende Recherchen und die Erlaubnis, uns daraus zu bedienen, sowie an Julia Weiss für ihre tatkräftige Unterstützung.

Sowie an die zahlreichen KorrektorenInnen: Harald Schumann, Jörg Horn, Hans Joachim Schwabe und Antje Schneeweiß vom Südwind-Institut, Barbara Happe und Regine Richter von Urgewald, Uli Müller von Lobbycontrol, Markus Henn von Weed, Stephanie Handtmann, Frauke Distelrath und Detlev von Larcher von Attac

V.i.S.d.P.: Jutta Sundermann, c/o Attac, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M.

Einführung

Lass Deine Kröten wandern! 3

Kleiner Einstieg zum Bankwechsel

Die Bankenlandschaft in Deutschland 4

Eine erste Orientierung

Teil I: Schwarze Zahlen durch dunkle Geschäfte – fünf Kriterien für unmoralische Investitionen

Auf unsere Kosten gerettet 5

Staatliche Hilfen – Kriterium I

Geschäfte im Dunkeln 7

Schattenfinanzplätze – Kriterium II

Geschäfte mit dem Hunger 9

Agrarspekulation und Landgrabbing – Kriterium III

Tödliche Investitionen 11

Rüstungs- und Atomwirtschaft – Kriterium IV

Wie Banken Politik beeinflussen 13

Lobbyismus – Kriterium V

Teil II: Bessere Banken sind möglich

Bessere Banken sind möglich! 15

Kriterien, die auch heute schon gelten können

Die Alternativbanken 17

EthikBank, Triodos Bank, Umweltbank und GLS Bank

Sparkassen und Genossenschaftsbanken 19

Manchmal eine gute Alternative

Teil III: Aktiv werden! Krötenwanderung konkret

Los geht's – Krötenwanderung konkret! 21

Politischen Druck auf die Banken machen!

Wechseln leicht gemacht 22

Checklisten und Vordrucke

Argumente auf einen Blick 24

Girokonditionen bei Alternativ- und Kirchenbanken 25

Kampagne heißt auch: Kreativ aktiv! 26

Den nächsten Crash verhindern! 28

Acht Forderungen für ein besseres Bankensystem

Hintergrund

Jammern, drohen, verzögern, verwässern 30

Die Finanzlobby und die Bankenreform

Quellen- und Literaturangaben 31



Plakataktion in Berliner U-Bahnhöfen: Zitate aus dem Urteil des Attac Banktribunals

Lass Deine Kröten wandern!

Kleiner Einstieg zum Bankwechsel

Banken machen Geschäfte mit Hunger und Krieg. Sie schleusen Milliarden unversteuert in so genannte Steueroasen oder besser „Schattenfinanzplätze“ und betreiben von dort aus die abenteuerlichsten Geschäfte. Investmentbanker verdienen mit riskanten Geschäften viele Millionen – und wissen, dass für die Folgen ihres Handelns letztlich die Allgemeinheit zahlt. Die Wut auf „die Banken“ ist groß. Aber vielerorts auch die Ohnmacht. Das darf nicht so bleiben.

Zumal wir gerade täglich erleben, wie die Angst vor der nächsten Bankenkrise Europa verändert: Wieder werden mit großer Eile Rettungspakete geschnürt. Die Banken, die seit Jahren hohe Risiko-Zulagen für ihre Kredite an die am stärksten verschuldeten Länder kassieren, wissen, dass sie wieder freigekauft werden. Für die Menschen in diesen Ländern bedeutet das drastische Kürzungen im sozialen Bereich, der Ausverkauf öffentlicher Infrastruktur und längst auch bittere Not, weil Krankenhäuser und Schulen nicht mehr funktionieren.

Das ist besonders zynisch, wenn man bedenkt, dass die teuren Bankenrettungen 2008 einen wichtigen Teil zur Verschärfung der Schuldenkrise beigetragen haben. Doch das ficht die Finanzinstitute nicht an. Längst zocken sie weiter wie zuvor. Gegen die schlechte Stimmung geben die Banken Millionensummen für Imagepflege aus und werben in großformatigen Anzeigen und Fernsehspots zur besten Sendezeit. Die neuen, wenn auch ungenügend verschärften Stabilitätsanforderungen zwingen sie, möglichst viele PrivatkundInnen bei der Stange zu halten.

Diese Strategie geht aber nicht auf, wenn wir uns wehren!

Attac ruft dazu auf, allen Banken den Rücken zu kehren, die Menschenrechte mit Füßen treten, die Demokratie aushöhlen und der Allgemeinheit die Kosten ihrer riskanten Spekulation aufbürden!

■ Viele Gründe zum Bankwechseln

Und viele Gründe, den Banken auch politisch Druck zu machen!

In dieser Broschüre informieren wir über Kriterien, nach denen jede und jeder entscheiden kann, bei welcher Bank Girokonten, Sparbücher oder andere Geldanlagen mit gutem Gewissen angelegt werden können. Attac zeigt in dieser Broschüre, bei welchen Banken man kein Konto haben sollte:

- weil sie als „systemrelevant“ mit Steuermilliarden gerettet wurden und nun munter weiter spekulieren,
- weil sie in Rüstungs- und Atomindustrie investieren und Geschäfte mit dem Hunger machen,
- weil sie in Schattenfinanzplätzen undurchsichtige Geschäfte machen und Steuern vermeiden.

Und die Broschüre verrät Ihnen, bei welchen Banken man sein Konto mit besserem Gewissen haben kann:

- wenn sie nicht unverantwortlich spekulieren,
- wenn sie bei ihren Geschäften Umwelt, Demokratie und Menschenrechte beachten,
- wenn sie transparent sind.

Also: Let's talk about money!

Die Bankenlandschaft in Deutschland

Eine erste Orientierung

Die meisten Banken sind mächtig, unübersichtlich groß, oft mit anderen verbunden und es gibt fast 2000 Kreditinstitute im Land – wie soll sich da eine/r orientieren?

Hilfreich für einen Überblick über das Bankensystem in Deutschland ist das Verständnis der Drei-Säulen-Struktur. Demnach stellen die Genossenschaftsbanken mit über tausend Kreditgenossenschaften eine Säule dar, die öffentlich-rechtlichen Institute (fast 450 Sparkassen, die Landesbanken und Spezialinstitute) die zweite, sowie 260 Privatbanken die dritte Säule. Nicht mitgezählt sind hier die Filialen der jeweiligen Kreditinstitute.

Die Kampagne zum Bankenwechsel konzentriert sich auf die jeweils bekanntesten Banken dieser Säulen – damit werden viele Millionen BankkundInnen angesprochen.

■ Private Geschäftsbanken

Deutsche Bank, Commerzbank, Deutsche Postbank (Deutsche Bank-Gruppe), ING-DiBa (ING-Groep, Niederlande) und Unicredit/Hypovereinsbank (Unicredit Group, Italien) sind große private Geschäftsbanken. Es sind besonders die großen Banken, die mit heiklen „Finanzprodukten“ handeln, die massive Lobbyarbeit betreiben und bei denen Investmentbanker atemberaubende Gehälter und Boni kassieren.

■ Öffentlich-rechtliche Banken

Die meisten Sparkassen sind Anstalten öffentlichen Rechts und in der Hand der jeweiligen Städte und Gemeinden. Einige Sparkassen sind nicht unmittelbar in öffentlicher Hand (zum Beispiel die Sparkasse Bremen AG, die Lübecker Sparkasse AG und die Hamburger Sparkasse AG (Haspa)). Dazu kommen die Landesbanken, die vor allem von den jeweiligen Bundesländern und Sparkassenverbänden getragen werden. Neben ihrem öffentlichen Auftrag, Bankgeschäfte und Wirtschaft zu unterstützen, sind sie seit einigen Jahren auch im Investmentgeschäft tätig.

■ Genossenschaftliche Banken

Volks- und Raiffeisenbanken sowie die Spardabank sind eingetragene Genossenschaften. Die Genossenschaftsbanken sind in Regionalverbänden organisiert und haben zwei Zentralbanken, die DZ Bank AG und die WGZ-Bank AG. Sie erfüllen einerseits zentrale Servicefunktionen für die Genossenschaftsbanken, sind andererseits aber auch national und international als Geschäftsbanken aktiv.

■ Alternative Banken

Wir stellen gesondert die alternativen Banken vor. Diese sind teilweise als Aktiengesellschaften, teilweise als Genossenschaften organisiert. Die GLS Bank, die Triodos Bank, Umweltbank und Ethik-Bank ordnen ihre Geschäftspolitik ausdrücklich nicht nur Aktionärsrenditen, möglichen Zinserträgen oder niedrigen Zinslasten ihrer Kunden unter. Sie haben sich strenge Regeln gegeben, nach denen sie ihr Bankgeschäft nachhaltig, menschlich und umweltverträglich gestalten wollen.

■ Schattenbanken

Etliche Finanzmarktakteure fallen nicht unter die Regeln, die für Banken gelten. Das sind beispielsweise Hedgefonds, Private Equity Fonds, andere Fonds- und Zweckgesellschaften; auch private Finanzmittler spielen eine Rolle. Viele Banken haben ihrerseits eine große Zahl verschiedener Fondsgesellschaften gegründet, die auch solche Finanzgeschäfte tätigen können, die einer Bank untersagt sind. Am Rande der Regulierung existiert ein regelrechtes Schattenbankensystem.

Auf unsere Kosten gerettet

Staatliche Hilfen – Kriterium I

Als sich die Finanzkrise 2008 nach der Insolvenz der Lehman-Bank verschärfte, retteten die Regierungen der europäischen Länder und der USA die wankenden Banken innerhalb kürzester Zeit mit hohen Milliardensummen. Argumentiert wurde unisono: Der Zusammenbruch einer systemrelevanten Bank ziehe viele andere mit ins Verderben und würde damit letztendlich auch die Rücklagen oder Versicherungen der „kleinen Leute“ vernichten. Aber wie das Beispiel der HRE zeigte, stimmt diese Behauptung so nicht. Gerettet wurden vor allem die Investmentfonds, Versicherungskonzerne und andere Banken, die den Zockerbanken unbesichert Kredit gegeben hatten.

Als systemrelevant gilt eine Bank, die sehr große Summen bewegt und/oder so intensiv mit anderen Banken, mit Versicherungen und Staaten vernetzt ist, dass ihr Bankrott mehr Schaden anrichten als ihre Rettungskosten würde. Die teure Bankenrettung hat nicht nur in Deutschland zu einer Rekordverschuldung im Bundeshaushalt geführt. Zur Rettung des Haushaltes wird heute schmerzhaft gekürzt – gerade im sozialen Bereich, zu Lasten der Menschen, die sowieso wenig zur Verfügung haben und von der Rettung kaum profitieren.

Die Rettungsaktionen haben gezeigt: Für die Rettung der Banken wird vom einen auf den anderen Tag unglaublich viel Geld zur Verfügung gestellt, ein Vielfaches der Summe beispielsweise, als für das Erreichen der sogenannten Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) nötig gewesen wäre, die aber trotz zäher Verhandlungen nie zusammen kam.

Die Banken haben über Jahre extrem hohe Gewinne gemacht, ihre Aktionäre mit großen Summen und ihre Manager mit riesigen Boni und Gehältern beglückt. Die großen systemrelevanten Banken sind Agenturen der Umverteilung hin zu den Reichsten.

Eine weitere Facette des Problems: Die Großbanken sind heute noch größer als sie es vor drei Jahren waren. Und das, obwohl Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008 in die Kameras sprach: „Keine Bank darf so groß sein, dass sie wieder Staaten erpressen darf.“

Und für alle ist sichtbar: Rücksichtslose Bankenpolitik wird im Zweifelsfall von der gesamten Gesellschaft ausgeglichen, die Banker fallen weich.

Attac fordert seit Jahren, die großen Banken zu verkleinern.

■ Unter der Lupe

Deutsche Bank

Die Deutsche Bank rühmt sich, dass sie auf staatliche Hilfe aus dem Bankenrettungsfonds nicht angewiesen war. Doch das ist nur die halbe Wahrheit, denn einige Rettungsaktionen betrafen sie sehr wohl. Allein durch die Rettung des US-Versicherers AIG erhielt die Deutsche Bank 11,8 Milliarden Dollar an US-amerikanischem Steuergeld. Als Gläubigerin der Düsseldorfer Mittelstandsbank IKB (gerettet mit 8 Milliarden Euro), der HRE (staatliche Garantiesumme im September 2010 auf 142 Milliarden Euro aufgestockt) und weiterer Pleitebanken blieben ihr ungesicherte Einlagen in Milliardenhöhe erhalten. Das ist besonders pikant, weil es faule Papiere der Deutschen Bank waren, die die IKB zusätzlich in Schieflage brachten. An der HRE-Rettung verdient die Deutsche Bank Millionen – staatlich abgesicherte Zinsen für ihren „Rettungsbeitrag“. Zusammengerechnet erhielt die Deutsche Bank mindestens 14 Milliarden Euro indirekt an staatlicher Unterstützung – bezahlt von der der Allgemeinheit. Hätte sie diese Summe 2008 abschreiben müssen, wäre die Hälfte ihres Eigenkapitals aufgezehrt worden – die Deutsche Bank hätte Insolvenz anmelden müssen.

Commerzbank

Die Commerzbank geriet im Rahmen der Bankenkrise heftig in Schieflage und bekam schließlich über den SoFFin (Bankenrettungsfonds) eine Rekapitalisierung von 18,2 Milliarden Euro sowie zusätzliche Garantien von 5 Milliarden Euro. Seitdem gehört die Commerzbank zu 25 Prozent dem Bund. Versäumt hat es der Bund allerdings, bei Vertragsabschluss Regeln festzulegen, nach denen die Bank künftig arbeiten soll. Es ist ein Skandal, dass diese teilstaatliche Bank weiterhin viele Geschäfte über Steueroasen betreibt.

Die Milliardenrettung der Commerzbank ermöglichte es dem Institut, die geplante Übernahme der Dresdner Bank durchzuziehen. Diese Großbank war allerdings selbst ein Wackelkandidat und ihr Verkauf entlastete die Haupteigentümerin Allianz deutlich – ohne dass während der Transaktion ernsthaft darüber diskutiert wurde, den Allianzkonzern an den Kosten zu beteiligen.

Postbank

In der Krise selbst nicht gerettet worden, gehörte die Postbank beim europäischen Stresstest 2010 (neben der Nord LB) zu den zwei Instituten, die nur knapp die Hürde nahmen – und das, obwohl es viel berechnete Kritik an den Kriterien des Stresstestes gab, der wesentliche Risiken nicht zu bewerten vermochte. Getestet wurden die Auswirkungen eines Konjunkturunbruchs und eines Kursverfalls bei Staatsanleihen auf die Bankbilanzen.

Unicredit (Hypovereinsbank)

Die große Krise der Hypovereinsbank fand schon 2003 statt. Damals offenbarte sich eine immense Belastung durch faule Papiere, so dass sogar Kanzler Gerhard Schröder zu einem Krisengespräch gebeten wurde. Die HVB gliederte daraufhin die besonders belastete Immobilienfinanzierung aus – in die neu gegründete Tochter Hypo Real Estate, HRE. Die HVB wurde 2005 von der italienischen Unicredit übernommen. Die HRE hingegen rauschte nach ein paar Jahren schnellen Wachstums voll in die Krise. Ihr wurden letztlich 102 Milliarden Euro an Garantien und Kapitalaufstockung zur Verfügung gestellt, die Bank wurde verstaatlicht, ihre „Bad Bank“ wird noch über Jahrzehnte eine immense Belastung darstellen.

Die Hypovereinsbank selbst kam leidlich durch die Krise. Sie heißt seit dem Sommer 2009 nur noch „Unicredit“. Im Frühjahr desselben Jahres beantragte der krisengeschüttelte Mutterkonzern vier Milliarden Euro Staatshilfe in Italien und Österreich, musste sie aber letztlich nicht in Anspruch nehmen.

Ing DiBa

Die Bank ist ein Tochterunternehmen der ING Groep, die ihren Sitz in Amsterdam hat. Für ihre Krise kamen die dortigen Steuerzahler auf: Die Muttergesellschaft ING hatte 2008 eine Kapitalspritze von 10 Milliarden Euro vom niederländischen Staat erhalten. Später übernahmen die Niederlande eine Abschirmung für Risikopapiere von ING im Nennwert von 27,7 Milliarden Euro. Die EU-Kommission genehmigte diese Unterstützung zwar vorläufig – ING musste 2009 jedoch einen Restrukturierungsplan vorlegen. Bis 2013 soll der Allfinanzkonzern seine Geschäfte in einen Banken- und Versicherungssektor aufteilen (Zerschlagung). Die Ing Diba, eine hundertprozentige Tochter der ING, hat in der Krise Kunden hinzugewonnen und keine besonderen Schwierigkeiten gehabt.

Volks- und Raiffeisenbanken

Die Genossenschaftsbanken kamen ohne größere Probleme durch die Finanzkrise. Ein wichtiger Grund dafür ist das Geschäftsmodell, eher kleinere Firmen zu versorgen und viele Kundeneinlagen zur Verfügung zu haben. Genossenschaftsbanken halten besonders viel Eigenkapital vor: zwischen 7 und 10 Prozent.

Sparkassen

Die lokalen Sparkassen erwiesen sich in der Krise auch als sehr stabil. Wie die Genossenschaftsbanken verzeichneten sie in der Krise deutliche Zuwächse an Einlagen. Massiv verspekuliert hatten sich allerdings einige Landesbanken, deren Schulden die Steuerzahler, aber auch die Sparkassen belasteten.

Als nicht ganz fair bewerten Experten die Vorgabe des Restrukturierungsfonds der Bundesregierung: Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken, die nicht nur stabil wirtschafteten, sondern auch einen eigenen Sicherungsfonds haben, sollen jetzt zusätzlich in diesen neuen Fonds einzahlen, der aufgrund der Zockerei anderer Banken notwendig wurde.

Ethikbank

Die Ethikbank ist eine Zweigniederlassung der thüringischen Volksbank Eisenberg e.G. (und sehr klein). In der Krise hatte sie keine Probleme, sondern Zuwachs. Die ethischen Fonds, in die die Ethikbank investiert, erwiesen sich als deutlich krisenfester als viele andere.

GLS-Bank

Die GLS-Bank erlebte in der Krise einen großen Zuwachs neuer KundInnen, die auch aus Stabilitätsgründen neues Interesse an nachhaltigem Investment zeigten. GLS-Bank und Triodos Bank sind Mitglied in der „Global Alliance for Banking on Values“.

Triodos Bank

Die Triodos Bank gibt es seit 1980. In der Finanzkrise geriet sie nicht in Schwierigkeiten, weil sich ihr nachhaltiges Investment als relativ krisenfest erwies. In der Krise gewann die Bank viele neue KundInnen, allein 50.000 im Jahr 2009. Die Eigenkapitalquote (BIZ Quote) der Triodos Bank lag bei 14,9 Prozent zum 30. Juni 2010.

Umweltbank

Die Umweltbank ist eine Aktiengesellschaft, deren Aktien nahezu ausschließlich im Streubesitz sind. Die Bank gewann in der Finanzkrise Kunden hinzu (15% von 2008 auf 2009) und hatte keine Verluste zu beklagen. Die Frankfurter Rundschau schrieb: „An der Umweltbank ging die Krise komplett vorbei“.

Geschäfte im Dunkeln

Schattenfinanzplätze – Kriterium II

Die Banken helfen vor allem ihren reichsten KundInnen, dem Finanzamt Milliarden zu entziehen – dieses Geld fehlt Städten und Gemeinden, Schulen, Sozialeinrichtungen, öffentlichem Nahverkehr usw. Rund 100 Milliarden Euro Steuern jährlich verliert der deutsche Fiskus allein durch verborgenen Reichtum, der in verharmlosend „Steuroasen“ genannte Orte gebucht wurde, schätzte der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Die Steuergewerkschaft rechnet etwas vorsichtiger mit immerhin 30 Milliarden, die „reinzuholen“ wären, wenn diese Art der Steuerhinterziehung wirksam bekämpft werden würde.

Dabei sind die „Steuroasen“ nicht nur Orte, an denen Geld an der Steuer vorbeigeschleust wird. Diese Schattenfinanzplätze kommen die Gesellschaft noch viel teurer zu stehen, weil dort auch etliche Sicherheitsvorschriften für Finanzgesellschaften und Banken entweder gar nicht gelten oder nicht angewandt werden. Besonders gewagte Finanzspekulationen und besonders undurchsichtige Fonds haben ihre Adresse in den Steuroasen. Falsch wäre allerdings die Annahme, dass es sich hierbei um die „Schmuddelkinder“ der Finanzbranche handelt. Im Gegenteil: Gerade die bekanntesten Banken Deutschlands sind regelmäßig dort anzutreffen, sei es auf den britischen Kanalinseln, in Liechtenstein und Luxemburg oder auf den fernen Cayman-Inseln.

Besonders gern nehmen Diktatoren und Autokraten aus so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern den „diskreten“ Service der Steuroasen in Anspruch. Sie beuten ihre Länder aus, werden Milliardäre – und bleiben es meist selbst nach ihrer Absetzung dank der konsequenten Verschleierungshilfe in den Schattenfinanzplätzen.

Vor einigen Jahren beschlossen die Mitgliedsstaaten der OECD (Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung), gegen Steuroasen vorgehen zu wollen. Sie führten eine „schwarze Liste“ ein, auf der Länder eingetragen werden sollten, die sich weigern, einen Mindest-Austausch von Daten mit Finanzbehörden anderer Länder aufzunehmen. Doch kurze Zeit nach Veröffentlichung der Listen war die „schwarze Liste“ wieder jungfräulich rein: Die Kriterien sind so schwach verfasst, dass es nach dieser Auffassung wohl doch keine Steuroasen gibt ... Auf unser Schreiben an die Banken antwortete die Postbank, keinerlei Aktivitäten in Schattenfinanzplätzen durchzuführen. Allerdings beruft sie sich dabei just auf jene OECD-Liste. Unsere Recherchen zeichnen hingegen ein anderes Bild (siehe Tabelle 1).

■ Einige Besonderheiten:

In Georgetown auf den berühmt-berüchtigten Cayman-Inseln, wo fast 10.000 Hedgefonds ihre Adresse haben, unterhält die **Deutsche Bank** mehr Niederlassungen und Zweckgesellschaften als am Konzernsitz Frankfurt.

Im Steuerparadies Delaware in den USA, wo fast jede fünfte Gesellschaft der **Deutschen Bank** sitzt, ist sie sogar an mehr Unternehmen beteiligt als in allen deutschen Städten zusammen. Der US-Bundesstaat Delaware (hier besonders die Stadt Wilmington) gilt als derzeit größte Steuroase. Die Steuern sind äußerst niedrig und es bestehen keinerlei Veröffentlichungspflichten für Unternehmen, die zudem mit nur einem Geschäftsführer und ohne Grundkapital gegründet werden können. Diese Voraussetzungen führen zu absurden Ergebnissen, etwa dass in dem Bürogebäude 1209 North Orange Street in Wilmington mehr als 200.000 Unternehmen „sitzen“ bzw. ihren Briefkasten haben.

Zwar unterhält die deutsche Direktbank **ING DiBa** selbst keine Beteiligungen oder (Zweck-) Gesellschaften in Schattenfinanzplätzen, die **ING Groep** (Niederlande) als ihre Konzernmutter hingegen besitzt unter anderem Gesellschaften in Hongkong, auf den Bermudas und auf Curaçao (Niederländische Antillen).

In Deutschland erfüllt die Gemeinde Grünwald derzeit einige Kriterien, nach denen sie als Steuroase bezeichnet werden kann. Grünwald ist Steuerdumping zum Anfassen: In der Kleinstadt mit rund 11.000 EinwohnerInnen südlich von München leben überdurchschnittlich viele Millionäre. 790 Firmen sind im lokalen Branchenbuch aufgeführt, darunter finden sich alleine 24 Kapitalanlagegesellschaften. Obwohl Grünwald weniger als ein Zehntel der Größe von Regensburg hat, sammelt es ebensoviel Gewerbesteuer ein – allerdings komplett im Dumpingniveau. Die **Hypovereinsbank** ist (Mit-)Eigentümer von 15 Gesellschaften in Grünwald.

Tabelle 1: Anteilsbesitz

Schattenfinanzplätze	Commerzbank	Deka Bank	Deutsche Bank	DZ Bank	HypoVereinsbank	Postbank
Antillen	1	0	0	4	0	0
Barbados	0	0	1	0	0	0
Belgien	4	0	3	1	0	0
Bermuda	5	0	0	1	2	0
brit. Virgin Islands	4	0	3	0	0	0
Caymans	16	0	136	5	5	0
Costa Rica	0	0	0	0	0	0
Delaware, USA	68	0	443	8	19	17
Dubai	1	0	0	0	0	0
Gibraltar	0	0	8	0	0	0
Grünwald, Bayern*	0	0	3	1	15	1
Guernsey	22	0	15	0	3	0
Hongkong	6	0	14	0	3	0
Irland	13	1	41	4	0	0
Israel	0	0	4	0	0	0
Jersey	37	0	53	1	2	0
Liechtenstein	1	0	0	0	0	0
London	71	1	171	7	10	0
Luxemburg	59	31	74	9	5	5
Malaysia	0	0	3	0	0	0
Malta	0	0	10	0	0	0
Marshallinseln	0	0	0	1	0	0
Mauritius	0	0	10	0	0	0
Monaco	1	0	1	0	0	0
Niederlande	18	0	24	21	10	0
Österreich	2	1	1	7	3	0
Panama	2	0	0	0	0	0
Philippinen	0	0	4	0	6	0
Schweiz	3	1	9	5	0	0
Singapur	5	0	18	5	0	0
Ungarn	2	0	3	8	0	0
Uruguay	2	0	3	0	0	0
US Virgin Islands	0	0	3	0	0	0
Zypern	0	0	6	0	0	0
Aktivitäten** in Steueroasen	343	35	1064	88	83	23
Gesamtzahl der Aktivitäten**	1464	131	2072	1137	418	103
Anteil Aktivitäten in Steueroasen an Gesamtzahl	23,43%	26,72%	51,35%	7,74%	19,86%	22,33%

Diese Übersichtstabelle ist ein Ausschnitt – die komplette Tabelle und die Auswertungen der Anteilsbesitzlisten finden Sie unter www.attac.de/bankwechsel. Als Grundlage diente uns die Liste des Tax Justice Networks, die unter dem Namen Financial Secrecy Index 2009 zuletzt aktualisiert wurde. *Lediglich die bayerische Gemeinde Grünwald wurde von uns zu dieser Auflistung hinzugefügt. **Untersucht haben wir die Daten aus den Anteilsbesitzlisten der Banken von 2009 auf Verbindungen in als Schattenfinanzplätze klassifizierte Orte. Hierunter fallen nur Tochter- und Zweckgesellschaften und sonstige Beteiligungen – keine Filialen oder ähnliches. Allerdings sind es häufig gerade diese Gesellschaften, die kaum reguliert den riskantesten und (nicht immer) rentabelsten Geschäften nachgehen.

Geschäfte mit dem Hunger

Agrarspekulation und Landgrabbing – Kriterium III

Die Finanzbranche weitet ihre Geschäftstätigkeit in immer weitere Bereiche aus. Die Immobilienkrise ließ viele Anleger – vor allem die sogenannten institutionellen Anleger wie Pensionsfonds, Investmentfonds, Banken, Versicherungen, Kirchen und Stiftungen – nach Ersatz-Profitmöglichkeiten suchen. Viele entschieden sich für das Geschäft mit dem Hunger. In der zweiten Jahreshälfte 2007 legten viele Banken erstmals Agrarrohstoff-Fonds auf, mit denen ihre Kunden auf Preisentwicklungen am Markt der Nahrungsmittel wetten können.

Schon 2008 wurden die Folgen sichtbar: Die Lebensmittelpreise explodierten auch auf den Märkten für die physische Ware. Für Menschen, die den größten Teil ihres Einkommens für unverarbeitete Nahrungsmittel aufbringen, begann damit eine Hungerkatastrophe. Das betraf und betrifft zum Beispiel die Armen in Mexiko, für die Tortillas ein wichtiger Bestandteil der Ernährung sind und die das Maismehl nicht mehr bezahlen können. In mehr als 30 Ländern fanden Hungeraufstände statt, in Haiti wurde die Regierung gestürzt. Die Preissteigerungen sind nicht allein auf die Spekulation zurückzuführen, der neue Trend, Nahrungsmittel zu Treibstoff zu verarbeiten, spielt ebenfalls eine tödliche Rolle. Weitere Faktoren wie zunehmende Nachfrage nach Milch- und Fleischprodukten und die ersten Auswirkungen des Klimawandels verschärfen die Situation. Das entschuldigt aber nicht, wie zögerlich die politische Debatte über die Begrenzung der preistreibenden und Schwankungen verschärfenden Spekulation vorankommt. 2011 will die EU einige Veränderungen beschließen, während die Finanzmarktlobby sich gegen wirksame Einschränkungen stark macht.

Über die Spekulation auf steigende Preise hinaus bieten etliche Banken inzwischen auch Landfonds an und verschärfen damit das Hungerproblem weiter. Als „Landgrabbing“ kritisieren Menschenrechtsorganisationen den zunehmenden Handel mit teilweise neu konstruierten Landrechten, der immer häufiger zu brutalen Vertreibungen führt. Für die Exportpflanzen werden viele Millionen Liter Wasser verbraucht – egal ob vor Ort bereits Wassermangel herrscht oder nicht. Internationale Großbanken investieren darüber hinaus in weltweit operierende Agrarkonzerne. Diese verschärfen mit Gentechnik, Industrialisierung in der Landwirtschaft sowie großflächigem Anbau von „Energiepflanzen“ die Not der Armen noch.

■ Unter der Lupe

Deutsche Bank

Zusammen mit Goldman Sachs leistete die Deutsche Bank internationale „Pionierarbeit“ zur Einführung von Indexfonds im Agrar-Bereich. 2008 kritisierte Attac die Werbung der Bank auf Brötchentüten in Frankfurter Bäckereien öffentlich. „Freuen Sie sich über steigende Preise? Partizipieren Sie an der Wertentwicklung von sieben der wichtigsten Agrarrohstoffe!“ (Ein Foto der Werbung findet sich auf Seite 18.) Nach unserer heftigen Kritik zog die Bank die Werbung zurück, Ackermann entschuldigte sich, aber dieser und weitere Agrarrohstoff-Fonds der Bank blieben im Angebot.

Die Deutsche Bank bietet Agrarfonds auf vielen Wegen an: Auch wenn DWS, x-trackers, DB premium oder Power Shares drauf steht, ist Deutsche Bank drin. Die meisten Deutsche Bank-Fonds sind in Luxemburg und Delaware angesiedelt – auch in diesem Geschäft bauen die Banken auf die Diskretion der Schattenfinanzplätze.

Über den Investmentfonds-Bereich DWS hat die Deutsche Bank auch Landkäufe im Angebot. Einer der vielen Zweck- und Tochtergesellschaften der Deutschen Bank ist Altima Partners, ein Hedgefonds mit einem Volumen von 625 Millionen Euro, der über Farmen in Lateinamerika und Osteuropa verfügt und die Expansion nach Afrika plant. Ein weiteres Beispiel ist der „DWS Global Agricultural Land and Opportunities Fund (GALOF)“, nach Auskunft der Deutschen Bank hält der Fonds Land in Australien und Afrika und soll nach Argentinien, Vietnam und Neuseeland ausgedehnt werden.

Die Menschenrechtsorganisation FIAN veröffentlichte mehrere Studien zum Landgrabbing deutscher und internationaler Banken und Fonds. Im März 2011 verkündete die DWS aufgrund massiven öffentlichen Drucks, die Geschäftsbeziehung zum thailändischen Zuckerkonzern KSL zu beenden, der in Kambodscha in die Vertreibung von über 400 Bauernfamilien verwickelt ist.

Commerzbank

Vierteljährlich gibt die Commerzbank das „Rohstoff-Radar“ heraus, in dem sie das Auf und Ab der Preise erläutert und um den Kauf ihrer Rohstoff-Derivate wirbt. Sie ruft Firmen auf, sich bei der Commerzbank gegen Preisschwankungen für Öl aber auch beispielsweise für Kakao abzusichern. Mittlerweile wird die Bank sogar aus der Kakaobranche scharf kritisiert, weil sie mit ihren Preiswetten selbst zum Preischaos beiträgt.

Anders als die Deutsche Bank unterhält die Commerzbank aber keine großen Rohstoff-Fonds für Investoren.

Neben den Preiswetten setzt auch die Commerzbank mit der Fondsgesellschaft „cominvest“ auf die Riesen der Agrarbranche, auch bei ihr haben die großen Gentechnikkonzerne den größten Anteil in ihrem Agrarfonds. Außerdem gibt diese Luxemburger Niederlassung der Commerzbank „Wasseraktien“ heraus, zwei Fonds mit zusammen über 30 Millionen Euro Volumen, die die Performance von 15 internationalen Wasserkonzernen begleiten. Attac, Brot für die Welt und andere Organisationen warnen seit Jahren vor den Folgen der zunehmenden Kommerzialisierung der Wasserversorgung.

HVB

Der Rohstoff-Experte der Unicredit/Hypovereinsbank, Jochen Hitzfeld, lässt sich gerne von Wirtschaftsredaktionen befragen. Er rät zum Kauf von Agrar-Indexfonds und ist überzeugt, dass es langfristig hohe Preise geben wird. Sein Institut bietet sodann auch mehrere Rohstoff-Fonds an, unter eigenem Namen und über die Fondstochter Pioneer SF in Luxemburg.

Postbank

Die Postbank gibt keine eigenen Agrarrohstoff-Fonds heraus. Im Angebot ist aber eine große Palette anderer Anbieter, unter anderem der neuen Konzernmutter Deutsche Bank.

Ing DiBa

Auch bei der Ing Diba ist die Auswahl an Fonds groß, die meisten stammen von anderen Emittenten. Die Muttergesellschaft ING Groep gibt zwar Rohstoff-Fonds heraus, diese enthalten aber keine Agrarrohstoffe.

Volks- und Raiffeisenbanken

Wer hier nach Fonds fragt, bekommt ein breites Angebot. Eigene Agrarfonds hat die DZ-Bank, die Zentralbank der Genossenschaftsbanken, im Angebot. In Luxemburg sind die Fonds UniCommodities und UniGarant Plus Commodities angesiedelt, jeweils etwas über 300 Millionen Euro stark und verwaltet von Union Investment als Fondsmanager.

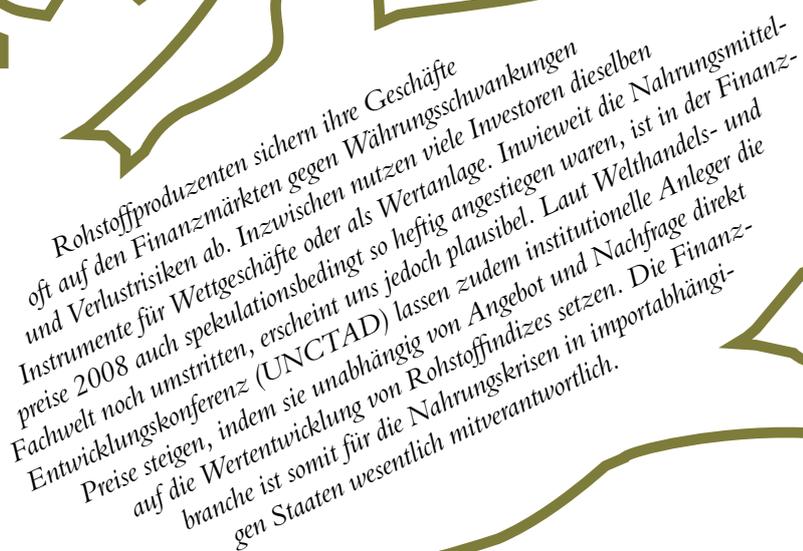
Sparkassen

Auch die Sparkassenfilialen bieten vielfältige Fonds verschiedener Anbieter an. „Selbstgemacht“ sind bei der Deka-Bank des Sparkassen-Verbandes zwei Luxemburger Fonds: die Deka-Commodities-Fonds mit rund 220 Millionen Euro. Es handelt sich um zwei Mischfonds, die zu je 34,8 Prozent mit Agrarrohstoffen bestückt sind.

Die Landesbank Baden-Württemberg gehört zu den wenigen, die ihre Rohstoff-Index-Fonds in Deutschland angesiedelt haben.

GLS-Bank, Triodos Bank, Umweltbank, Ethikbank

Diese Institute lehnen die Investition in Agrarrohstoffe ab. Sie fördern gezielt ökologischen Landbau.



Rohstoffproduzenten sichern ihre Geschäfte oft auf den Finanzmärkten gegen Währungsschwankungen und Verlustrisiken ab. Inzwischen nutzen viele Investoren dieselben Instrumente für Wettgeschäfte oder als Wertanlage. Inwieweit die Nahrungsmittelpreise 2008 auch spekulationsbedingt so heftig angestiegen waren, ist in der Finanzfachwelt noch umstritten, erscheint uns jedoch plausibel. Laut Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) lassen zudem institutionelle Anleger die Preise steigen, indem sie unabhängig von Angebot und Nachfrage direkt auf die Wertentwicklung von Rohstoffindizes setzen. Die Finanzbranche ist somit für die Nahrungskrisen in importabhängigen Staaten wesentlich mitverantwortlich.

Tödliche Investitionen

Rüstungs- und Atomwirtschaft – Kriterium IV

Die Produktion von völkerrechtswidrigen Waffen ist für die Banken ein Geschäft. Durchaus ein lukratives, denn die vorhandenen Risiken können sie sich extra bezahlen lassen. Das internationale Projekt „Banksecrets“ (www.bank-geheimnisse.de) hat Rüstungs- und andere Skandalgeschäfte der Banken unter die Lupe genommen – beispielhaft, denn es gibt noch viele mehr.

Die Atomkatastrophe in Japan hat die Welt aufgewühlt. Jeden Tag werden neue Facetten des riesigen Skandals offensichtlich: Seit Jahren schlampten die Betreiber in Japan, der Bau von Atomkraftwerken in Erdbebengebieten wird schon lange kritisiert – aber auch aus Deutschland dennoch vorangetrieben. Die Bundesregierung gibt Exportkreditausfallgarantien (Hermes-Bürgschaften), deutsche Banken investieren in die Atomindustrie.

Die Nichtregierungsorganisation Urgewald hat jüngst Recherchen darüber vorgestellt, welche Bank wie stark in die Atomindustrie investiert, und hat Attac erlaubt, die Ergebnisse der Studie „Wie radioaktiv ist ihre Bank?“ zu verwenden.

Tatsächlich sind es nur sehr wenige Banken, die konsequent auf derartige Geschäfte verzichten. Im Gegenteil: Einige Banken engagieren sich sogar auf dem politischen Parkett für ihre zweifelhaften Geschäftspartner, so etwa die Commerzbank im Förderkreis Deutsches Heer oder die Deutsche Bank mit dem „energiepolitischen Appell“ zu Gunsten der Atomkraft.

■ Unter der Lupe

Deutsche Bank

Für die deutschen Atomkraftwerksbetreiber RWE, Vattenfall und EnBW ist die Deutsche Bank das wichtigste deutsche Finanzinstitut. 7,8 Milliarden umfasst das Engagement der Deutschen Bank in der Atomindustrie in dem von Urgewald untersuchten Zeitraum von 2000–2009. Den größten Firmenkredit erhielt EON in Höhe von über 1 Milliarde Euro.

Bei der Deutschen Bank können Anleger auch direkt am Atomgeschäft teilhaben, etwa mit dem S-Box Nuclear Power Index Zertifikat, das bis zu 20 Unternehmen umfasst, die Atomanlagen bauen oder betreiben, Uran abbauen, Kernbrennstäbe herstellen.

Als einzige Bank hat die Deutsche Bank im August 2010 den „energiepolitischen Appell“ an die Bundesregierung unterschrieben und fordert die Atomkraft als „starken und flexiblen Partner“ der erneuerbaren Energien.

Die Deutsche Bank ist Finanzdienstleister auch für den französischen Atomkonzern Areva, der für die

Kernbrennstoff-Produktion Uran u.a. aus dem Niger bezieht, wo der Abbau des strahlenden Materials große Regionen verseucht zurücklässt.

Mit Kriegen verdient die Bank ebenfalls viel Geld. So war sie Finanzier der chinesischen Ölgesellschaft PetroChina, die blutiges Erdöl in Darfur fördert: Mit dem Geld für das Öl finanziert die sudanesischen Regierung den Krieg, der 300.000 Menschen das Leben gekostet und über 2 Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht hat. Durch Ihre Geschäftsbeziehungen zu dem französischen Mineralölunternehmen Total hilft die Bank, die Militärdiktatur in Burma zu finanzieren. Und in der Demokratischen Republik Kongo stellt sie ihre Dienste dem Bergbaukonzern Anglo Gold Ashanti zur Verfügung, der langjähriger Partner von Bürgerkriegsmilizen im Nordosten des Landes war.

Commerzbank

Die Commerzbank ist am stärksten für den Atomkonzern EON engagiert. Zu ihren wichtigsten Atomkunden gehören außerdem EDF und Nukem. Gesamt flossen 3,9 Milliarden Euro.

EON ist Betreiber bzw. Teilhaber von 11 der 17 AKW in Deutschland und beteiligt an Urenco, der Firma, die die Urananreicherungsanlage in Gronau betreibt und in Negativschlagzeilen geriet, weil sie über 27000 Tonnen Uranmüll in Sibirien in rostenden Fässern unter offenem Himmel abstellen ließ. Die Commerzbank gibt Urenco auch direkt Kredite.

Der französische Staatskonzern EDF (Électricité de France) ist Europas größter Atomkonzern mit 59 AKW.

Die Nukem produzierte einst in Hanau Atombrennstoffe, spezialisierte sich dann auf den Rückbau von Atomanlagen, wurde mehrerer schwerer Verstöße gegen Sicherheitsauflagen überführt, mehrmals veräußert und gehört heute zu einem russischen Energieunternehmen (wobei dieses für ungelöste Probleme mit Nukem-Einlagerungen im maroden Atommülllager Asse in Niedersachsen nicht als Rechtsnachfolger gilt).

Unicredit/Hypovereinsbank

EON, der italienische Atomkonzern ENEL und Nukem haben die größten Kredite der Unicredit/HVB erhalten. Auch die Unicredit/HVB gibt Geld für die Ausbaupläne der Firma Areva beim Abbau von Uran in Afrika. Obwohl es auch in Italien seit einer Volksabstimmung einen Ausstiegsbeschluss gibt, hat ENEL volle Auftragsbücher, arbeitet mit EDF und einem weiteren Konzern an einem Comeback der Atomkraft in Italien mit mindestens vier neuen Reaktoren und schreckt nicht davor zurück, ein hochgefährliches, weil

sicherheitstechnisch völlig unzureichendes Kraftwerk im slowakischen Mochovce fertig zu bauen.

Postbank

Das direkte Engagement der Postbank in der Atom-industrie fiel in den letzten Jahren mit unter 250 Millionen Euro geringer als bei anderen Banken aus. Man vergab Kredite unter anderem an EON, EnBW und RWE sowie an einige europäische Atomunternehmen. Durch die Übernahme durch die Deutsche Bank strahlt die blau-gelbe Bank aber nun ganz anders.

IngDiBa

Das Atom-Portfolio der Konzernmutter ING in den Niederlanden ist umfangreich. Vor allem für EDF und EON hat die ING Anleihen ausgegeben und Kredite bewilligt. Die Sammlung ihrer Geschäftspartner aus der strahlenden Branche ist sehr international, sie kommen aus Australien, Südkorea, Japan, Kasachstan, Russland, den USA und den meisten europäischen Ländern – in dieser Vielfalt wird die ING in Deutschland nur von der Deutschen Bank und der Commerzbank übertroffen.

Die Wirtschafts-Recherche-Agentur Profundo in Amsterdam fand darüber hinaus zahlreiche Investitionen der ING Bank in Rüstungskonzerne wie die EADS oder den gegenüber Bürgerkriegen völlig gleichgültigen Erdölriesen PetroChina.

Volks- und Raiffeisenbanken

Die Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, DZ-Bank AG, ist zentrale Dienstleisterin für die Genossenschaftsbanken (Ausnahme: Rheinland und Westfalen, da ist die WGZ-Bank Zentralinstitut) und unterstützt etliche Atomkonzerne, am umfangreichsten EON, Nukem und EnBW.

Sparkassen

Es sind nicht einzelne Sparkassen, die in Atomkraft investieren. Aber etliche Landesbanken, die in der Regel dem Sparkassenverband und dem jeweiligen Bundesland gehören. Urgewald fand umfangreiche Atom-Investitionen zum Beispiel bei der BayernLB, die dem finnischen Atomkonzern TVO und dem französischen EDF dreistellige Millionensummen zur Verfügung stellte. Die WestLB ist Geldgeber für RWE und EON, die LBBW führt EnBW und EON mit über 200, EDF mit 100 Millionen in ihrer Kundenliste. Die HSH Nordbank gab immerhin 210 Millionen an Nukem, die NordLB über 50 Millionen an EON, noch etwas geringer fällt das Engagement der Helaba für EnBW und den spanischen Energieversorger Iberdrola aus.

GLS-Bank, Triodos-Bank, Umweltbank, Ethikbank

Die vier Alternativbanken haben explizit Investitionen in Atom- und Rüstungsunternehmen und deren Zulieferer ausgeschlossen.

Tabelle 2: Deutsche Banken finanzieren geächtete Streubombenmunition

Am liebsten wissen Banken nichts von den negativen Auswirkungen ihrer Investitionen. Selbst wenn die internationale Gemeinschaft aufgeschreckt ist, wie im Fall der Streubombenmunition. Im August 2010 trat die internationale Ächtung dieser noch Jahre nach ihrem Einsatz tödlichen Bomben in Kraft. Die Diskussion darüber zog sich über Jahre hin. Im Dezember 2010 war in den Quartalsbilanzen der Banken dennoch die Spur der brutalen Waffen unübersehbar. Als Urgewald das veröffentlichte, beklagte sich die Deutsche Bank-Tochter DWS, sie wäre doch dabei, sich aus diesem Bereich zurückzuziehen.

	Aktien	Erworbene Anleihen	Ausgegebene Aktien	Ausgegebene Anleihen	Kredite	Gesamtwert in US-\$
BayernLB	250.000					250.000
Commerzbank					41.050.000	41050.000
DekaBank	42.810.000	600.000				43.410.000
Deutsche Bank	489.770.000	54.570.000	7.930.000	697.590.000	42.000.000	1.291.860.000
LBBW	210.000					210.000
Norddeutsche LB	1.740.000					1.740.000
UniCredit/HVB	298.570.000					298.570.000
Total	833.350.000	55.170.000	7.930.000	697.590.000	83.050.000	1.677.090.000

Quelle: Profundo (2010) im Auftrag von Urgewald: Deutsche Banken finanzieren Streubombenhersteller, 3. Dezember 2010. Die Tabelle beinhaltet Investments in folgende Firmen: L3- Communications, Lockheed Martin, Textron, Singapore Technologies Engineering, Raytheon, General Dynamics, Poongsan und Hanwha

Wie Banken Politik beeinflussen

Lobbyismus – Kriterium V

Wie viel Bankenmacht verträgt die Demokratie? Auch wenn der Einfluss der Lobbyisten weitgehend extrem intransparent und daher schwer systematisch nachzuweisen ist, ist hinlänglich bekannt, dass etwa ein Josef Ackermann mehr Macht hat als die meisten Politiker. Organisationen wie Lobbycontrol, Spinwatch, Corporate Europe Observatory etc. arbeiten hart daran, Skandale aufzudecken und dringend nötige Kontrollmechanismen durchzusetzen.

In den USA gibt es ein Lobbyisten-Register, in dem immerhin festgehalten werden muss, welche Aktivitäten Banken entfalten, um bei der Politik für ihre Anliegen zu werben. Darin lässt sich beispielsweise nachlesen, dass die US-Hedgefonds nach Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ihre Lobbyanstrengungen innerhalb kurzer Zeit verdreifachten.

Das freiwillige Lobbyregister der EU dagegen ist so lückenhaft und stellenweise falsch, dass es nach Ansicht mancher kritischer Verbände wieder geschlossen werden sollte, um Desinformation zu vermeiden. Zudem veröffentlichten 22 Abgeordnete des Europa-Parlamentes im Sommer 2010 einen fraktionsübergreifenden Hilferuf: Sie sind massiven Beeinflussungs-Versuchen von Seiten der Finanzmarkt-Lobby ausgesetzt, während sie an kritische Informationen über die negativen Auswirkungen der eifrig präsentierten Vorschläge zum Umgang mit Banken, Fonds und Börsen kaum herankommen. Allein die Finanzindustrie beschäftigt geschätzte 700 LobbyistInnen in Brüssel, die zusammen zwischen 300 und 400 Millionen Euro verdienen dürften. Etliche Skandale aus Brüssel belegen, wie durch Wirtschaftsverbände etwa Gesetzesvorhaben zur Finanzmarktregulierung erfolgreich unwirksam gemacht wurden.

Auch in Deutschland gibt es keine verbindliche Dokumentation, dafür aber eine nicht weniger rührige Lobbyarbeit. Neben der teilweise aufdringlichen Beratung durch Lobbyisten gibt es einen nicht weniger problematischen institutionalisierten Austausch zwischen Wirtschaft und Politik, etwa das 2006 durch einen „Monitor“-Beitrag öffentlich gewordene „Personalaustauschprogramm Seitenwechsel“. Es wurde 2004 vom damaligen Bundesinnenminister Otto Schily und der Deutschen Bank eingerichtet. Dadurch konnten Unternehmensmitarbeiter in den Ministerien eingesetzt werden. Mitunter werden sensible Gesetzesvorhaben sogar „outgesourct“. Für das Verfassen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes beauftragte das Finanzministerium die Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer. Sie arbeitet seit vielen Jahren für zahlreiche Banken und Fonds. Nach

der Verabschiedung des Gesetzes beriet sie Banken, wie die Rettungsgelder in Anspruch zu nehmen seien.

Zudem agieren bei konkreten Gesetzesvorhaben besonders die Bankenverbände und Interessengemeinschaften, was die Zuordnung im Folgenden zusätzlich erschwert. So haben 13 Großbanken 2004 das Finanz- und Lobbyunternehmen „True Sales International GmbH“ gegründet, das erfolgreich den Verbriefungsmarkt in Deutschland einführen half – und damit genau jene Finanzinstrumente, die als „Schrottpapire“ die Finanzkrise nach Europa brachten. Zu den Gesellschaftern gehören u.a.: Commerzbank, Deutsche Bank, Dresdner Bank, DZ Bank (Zentralbank der Genossenschaftsbanken), HVB Group, DekaBank (Sparkassengruppe) und diverse Landesbanken.

■ Unter der Lupe

Deutsche Bank

Auch in der Disziplin Politikbeeinflussung ist die Deutsche Bank unangefochtene Spitzenreiterin. Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann wird nicht zu Unrecht auch als der mächtigste deutsche Politiker ohne demokratische Legitimation bezeichnet. Die Bundeskanzlerin richtete für ihn ein Festessen zum sechzigsten Geburtstag aus. Er ist Chef des internationalen Bankenverbandes IIF (International Institute of Finance), Präsidiumsmitglied im Bundesverband deutscher Banken und gehört zu den Initiatoren der „Initiative Finanzstandort Deutschland“.

Immer wieder machen die „Einkäufe“ der Deutschen Bank von Kapazitäten aus Politik und Bankenaufsicht Schlagzeilen. So wechselte der frühere Finanzstaatssekretär Caio Koch-Weser 2006 vom Bundesfinanzministerium zur Deutschen Bank. Malcolm Knight war Generaldirektor bei der Internationalen Bank für Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, bis er 2008 zur Deutschen Bank ging. Ebenfalls 2008 wechselte der oberste Bankenaufseher der Bafin, Helmut Bauer, zum „Branchenprimus“. Im Gegenzug war die Deutsche Bank Hauptnutznießerin des oben genannten Austauschprogramms „Seitenwechsel“ und konnte so zahlreiche eigene MitarbeiterInnen in Ministerien einschleusen.

Um die öffentliche Diskussion über die Alterssicherung mitzugestalten, gründete die Deutsche Bank das DIA, das Deutsche Institut für Altersvorsorge, das mit Studien immer wieder massiv für die private Rentenversicherung wirbt. Im Stiftungsrat der Stiftung Marktwirtschaft ist die Deutsche Bank ebenso vertreten wie im „Konvent für Deutschland“, das mit Roman Herzog

als prominentestem Gesicht für die „Reform der Reformfähigkeit“ und für Marktradikalismus wirbt.

Commerzbank

Auch die Commerzbank hat sich – wie der alternative Stadtführer „Lobbyplanet Berlin“ der Organisation Lobbycontrol zeigt – erfolgreich um eine starke Präsenz am Sitz der Regierungsmacht bemüht.

Die Commerzbank betreibt nicht nur in eigener Sache Lobbyarbeit. Seit 1995 engagiert sie sich im Förderkreis Deutsches Heer, der als Plattform von Politik, (Rüstungs-)Industrie und Bundeswehr dient.

In der Finanzkrise gehörte auch Commerzbank-Chef Martin Blessing zum engsten Kreis der Krisen-Bearbeitungsgruppe mit Kanzlerin Angela Merkel, Finanzminister Peer Steinbrück und Bundesbankchef Axel Weber.

Der frühere parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium Hans-Georg Hauser von der Commerzbank sitzt im sogenannten Adler-Kreis 32 Mitgliedern vor, die allesamt von den Dax-30-Konzernen stammen und als Netzwerk von „senior lobbyists“ Erfahrungen und Pläne austauschen. Der Lobbyzirkel trifft sich monatlich an wechselnden Orten.

Unicredit / HVB

Die Hypovereinsbank hat zweifelsohne großen politischen Einfluss: wurde doch die kriselnde HVB-Abspaltung Hypo Real Estate genau an dem Tag gerettet, nachdem die Mithaftung der HVB ausgelaufen war. Ansonsten machen vor allem Unicredit Chefökonom Andreas Rees und sein Kollege Alexander Koch im Zusammenhang mit der Eurokrise von sich reden, indem sie sich deutlich gegen eine Umschuldung und für die Bestrafung von Defizitländern aussprechen.

Postbank

Bei der Privatisierung des einstigen Staatsunternehmens Post im Jahr 1995 wurde offensichtlich, dass der Börsengang der Telekom auf tönernen Füßen stehen würde, so dramatisch niedrig war die Eigenkapitaldecke. Die neugegründeten Schwestern Postbank AG und Post AG verschärften das Problem noch. Ein Bettelbrief im Mai und vertrauliche Gespräche mit dem damaligen Postminister ermöglichten aber einen schnellen Deal: Schon im Juli beschloss der Bundestag eine Neubewertung der vorhandenen Immobilien, um den Börsengang zu retten, beschreibt Gottlob Schober in dem Buch „Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland“.

Die Postbank macht sich für verstärkte staatliche Förderung privater Altersabsicherung stark. 2007 beauftragte die Postbank das Meinungsforschungsinstitut Allensbach zu einer Umfrage zur Angst vor Altersarmut und folgerte daraus, dass der Staat mehr Subventionen für Riester- und ähnliche Modelle bereitstellen soll, am besten eine private Pflichtrente.

Ing-DiBa

Die Ing DiBa geht in der Finanzkrise in die Offensive und kritisiert die Finanzbranche immer wieder öffentlich, wobei sie auch bei ihren Mitbankern Anstoß erregte. Zudem startete sie 2011 zusammen mit der Uni Hofenheim eine Studie über Wirtschaftsjournalismus und das Vertrauen der Bürger in Politik und Finanzbranche.

Volks- und Raiffeisenbanken

Die DZ Bank ist das Zentralinstitut der Volks- und Raiffeisenbanken. Zur DZ-Bankgruppe gehören die R+V Versicherungen und die Bausparkasse Schwäbisch-Hall. Sie hat eine Lobby-Niederlassung am für diese Zwecke beliebten Pariser Platz in Berlin. Für Grundsatzfragen entlieh die DZ Bank eine Mitarbeiterin an das Finanzministerium, wo sie auch an der Sitzungsvorbereitung für die Initiative Finanzstandort Deutschland 2007 bis 2009 teilnahm.

Sparkassen

Die DekaBank der Sparkassen gehört zu den Anbietern von offenen Immobilienfonds in Deutschland (weiterhin Union Invest (Investmentbank der Volks- und Raiffeisenbanken), Commerz Real der Commerzbank, DB Real Estate der Deutschen Bank). Sie engagierte sich 2010 mit dem Bankenverband gegen zu viel Anlegerschutz bei offenen Immobilienfonds, ziemlich erfolgreich, wie sich der Anlegerverband im Juni beklagte. Im März 2011 wurde das verwässerte Gesetz verabschiedet.

GLS-Bank, Triodos Bank

Die beiden ethischen Banken sind Mitglieder bei der Global Alliance for Banking on Values, die für die Verbreitung nachhaltiger Finanzprodukte und Dienstleistungen arbeitet und auch die Politik und die Mainstream-Finanzmärkte beeinflussen möchte. Die GLS-Bank ist zudem Mitglied bei INAISE (International Association of Social Finance Organisations), einem Bündnis aus sozial und ökologisch orientierten Finanzinstituten, das dem Austausch und der Verbreitung von Konzepten nachhaltiger Geldanlagen dient.

Umweltbank, Ethikbank

Die Ethikbank gehört zum Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken, ihre Interessen werden dementsprechend vom Dachverband vertreten. Eigene Lobbyarbeit betreibt sie nicht. Zur Umweltbank liegen uns zum Zeitpunkt der Drucklegung keine Informationen vor.

Bessere Banken sind möglich!

Kriterien, die auch heute schon gelten können

Nach der ernüchternden Untersuchung über die Praxis der Privatbanken geht es nun um die Alternativen. Es macht einen Unterschied, wo Dein Ersparnis liegt! Auf den Folgeseiten erläutern wir Mindestanforderungen für ein gerechtes und nachhaltiges Finanzwesen und Leitplanken für die eigene Bankenwahl. Politische Forderungen für ein anderes Bankensystem folgen auf Seite 25.

■ 1) Demokratie hört nicht beim Wahlzettel auf!

Geld ist Macht, und Banken machen Politik mit unserem Geld. Doch wie können wir sicherstellen, dass diese Politik in unserem Sinne ist? Das Bankenwesen ist zu einflussreich, um es privatem Gewinnstreben zu überlassen. Nur demokratische Kontrolle und Mitspracherechte können verhindern, dass ein Konzern gegen den Rest der Gesellschaft arbeitet.

Die privaten Großbanken sind als Aktiengesellschaften organisiert, d.h. die Stimmenzahl der Anteilseigner ist proportional zur Höhe des angelegten Kapitals. Das Mitspracherecht wächst mit dem angelegten Kapital. Großaktionäre können also eine wesentliche Kontrolle über das Institut ausüben. Kunden haben kein Mitspracherecht, kleine Anteilseigner können kaum Einfluss auf den Entscheidungsprozess nehmen.

Die Alternativbanken haben unterschiedliche Rechtsformen. Die Genossenschaftsbanken unter ihnen sind die GLS-Bank und die Ethikbank. Letztere hat als Tochter der Eisenberger Volksbank vor allem regionale Genossenschaftsmitglieder; die GLS-GenossInnen stammen aus dem ganzen Bundesgebiet. Die Triodos Bank ist eine Aktiengesellschaft, die als einzigen Aktionär eine Stiftung hat. In der Stiftung gibt es eine Begrenzung der Stimmenhäufung auf 1000 Stimmen und eine Mengengrenzung beim Erwerb von Anteilscheinen, um die direkte Abhängigkeit von einem einzelnen Großinvestor zu verhindern. Die Umweltbank ist eine AG mit jährlichen Hauptversammlungen. Die rund 7000 AktionärInnen sind Privatpersonen.

Fazit: Die vier Alternativbanken sind deutlich demokratischer als die Privatbanken, auch wenn die konkrete Ausgestaltung der Mitspracherechte stark variiert.

Auch bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken spielt demokratische Mitsprache durchaus eine Rolle: Bei Genossenschaften hat jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von seinem Kapitalanteil. Und Sparkassen werden zumindest insofern demokratisch kontrolliert, als in ihren Verwaltungsräten (vergleichbar mit Auf-

sichtsräten) kommunale Politiker oder von ihnen bestimmte „fachkompetente“ Bürger sitzen; mehr dazu im nächsten Kapitel.

■ 2) Regionale Entwicklung stärken!

Ein dezentrales Bankwesen bietet wichtige Chancen. Sowohl in der Unterstützung lokaler Kultur- und Sozialprojekte als auch in der Kreditvergabe für die Menschen vor Ort, für Häuslebauende und UnternehmerInnen.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind die wichtigsten Arbeitgeber vor Ort. Sie sind oftmals intensiv eingebunden in die regionale Entwicklung. Direkter Kontakt in der Kommune und eine gewisse Kontrolle durch die VerbraucherInnen sind weitere wichtige Vorteile. Doch die wachsende Kapitalkonzentration auf den Finanzmärkten bringt die KMU europaweit zunehmend in Finanzierungsschwierigkeiten. Unter der Kreditklemme leiden gerade auch Unternehmen, die sich bemühen, sozial und ökologisch verträglich zu wirtschaften.

Traditionell und von ihrem Selbstverständnis her sehen es die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken als ihre Aufgabe, die lokale Wirtschaft zu stärken. Allerdings haben viele von ihnen in den vergangenen Jahren ihr Geschäftsgebaren zunehmend dem der Privatbanken angepasst. Genau hinschauen ist also angesagt (s. Kapitel Genossenschaftsbanken und Sparkassen).

Die Alternativbanken arbeiten auf nationaler oder internationaler Ebene und sind überwiegend als Direktbanken organisiert. Insofern kann formell nicht davon gesprochen werden, dass sie gezielt in ihre lokale Gemeinschaft investierten. Da sie aber gezielt soziale und ökologische Projekte und Unternehmen unterstützen, stärken sie wichtige Ansätze für alternative, nachhaltige und dezentrale Strukturen.

■ 3) Gläserne Wolkenkratzer sind kein Zeichen von Transparenz!

Ein eindeutiges Kriterium für eine kleinkunden- und öffentlichkeitsfreundliche Bank ist die Transparenz, besonders im sensiblen Geschäftsfeld der Kapitalverwendung. Die wichtigste gesetzlich vorgegebene Informationsquelle ist der Geschäftsbericht, der die Bilanz und sonstige Angaben zur Geschäftsentwicklung enthält, sowie der Offenlegungsbericht.

Seit 2005 ist es für international tätige Banken Pflicht, die Bilanzrechnung nach international anerkannten Standards (IFRS) anzufertigen. Für Banken existieren trotzdem viele Möglichkeiten, Informationen zu

verdecken. Ein Beispiel dafür ist die Verlagerung von Risikoinvestments auf Tochtergesellschaften. Außerdem ist allein die Komplexität der Bankenbilanz für alle nicht kaufmännisch gebildeten Personen, also die große Mehrheit, eine Hürde für sich. Zudem übernehmen Bankenbilanzen die Struktur der Unternehmensbilanz, obwohl diese zur Beschreibung der Bankenabläufe ungeeignet ist. Wer die Geschäftsabläufe einer Bank verfolgen will, muss die Bilanz neu zusammenstellen und weitere Informationsquellen nutzen.

Zu den innovativen Instrumenten gehört, dass die Banken ihre Mittelverwendung veröffentlichen und die Bilanz auf soziale und ökologische Parameter ausweiten – von Informationen, wie sie ihr Kapital auf dem Finanz- und Realmarkt sowie den am stärksten unterstützten wirtschaftlichen Sektoren verteilt haben bis hin zur Offenlegung, welche einzelnen Projekte sie finanzieren. Den Kleinanlegern ermöglicht dieses Instrument einen „ethischen“ Konsum auch im Finanzsektor; sie können die Bank und Anlageform wählen, die am besten zu ihren Wertvorstellungen passt. Pioniere in diesem Bereich sind die Alternativbanken.

Die größte Transparenz in dieser Hinsicht hat die GLS Bank erreicht: Über die Website, das Bankjournal und den Jahresbericht werden alle Investitionen am Kapitalmarkt und alle vergebenen Kredite – samt Empfängern, Kreditzweck und -höhe – veröffentlicht. Sie verfasst außerdem einen sozialen Geschäftsbericht, der das Unternehmen aus einer sozial-ökologischen Perspektive abbildet.

Auch die Triodos Bank veröffentlicht auf der Internetseite zu allen Krediten sowohl den Kreditzweck und -nehmer; die Summe wird zum Schutz der Privatsphäre allerdings nicht verraten. Der Geschäftsbericht enthält Informationen zum Einfluss des Unternehmens aus sozialer und ökologischer Perspektive.

Die EthikBank hat eine eigene Seite „Gläserne Bank“ eingerichtet, auf der sie Höhe und Zweck ihrer Kredite sowie alle am Kapitalmarkt geführten Wertpapiere und Beteiligungen veröffentlicht.

Bei der Umweltbank erfährt man, wie das Kapital auf die unterschiedlichen Umweltbereiche (Bauen, Energie, etc.) verteilt ist, jedoch nichts über die einzelnen finan-

zierten Projekte. Außerdem verfasst sie einen ausführlichen Umweltbericht.

Die meisten anderen Banken, gleich ob Privatbanken, Sparkassen oder Genossenschaftsbanken, veröffentlichen lediglich den jährlichen Geschäftsbericht. Bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken muss das allerdings nicht für immer so bleiben: Dank ihrer kommunalen Einbindung beziehungsweise demokratischen Struktur sind sie deutlich empfänglicher für öffentlichen Druck als Privatbanken.

■ 4) Klarer Ausschluss von ethisch bedenklichen Investitionen

Ethische Banken unterscheiden sich von normalen Finanzinstituten, weil sie zur Ausführung des Bankengeschäfts – und zwar sowohl für die Kreditvergabe als auch für die Anlage von Geldern in Wertpapiere – neben den ökonomischen auch ethische Kriterien berücksichtigen. Bei der Investitionsentscheidung setzen ethische Banken auf zwei Instrumente: Positiv- und Negativkriterien.

Zu den Ausschlusskriterien gehören – je nach Bank – Geschäftsbeziehungen mit Diktatoren und korrupten Regimes, mit der Rüstungs- und Atomindustrie, Unterstützung von Drogengeschäften, Prostitution, Glücksspiel, der Tabakindustrie und mehr.

Zur Bewilligung eines Kredits legen ethische Banken besonders viel Wert auf den Kreditzweck, bei Investitionen am Finanzmarkt ist das Profil des Unternehmens entscheidend, d.h. was es herstellt und wie nachhaltig das Unternehmen ist. Von sozialen Krediten profitieren Alters- und Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen, freie Schulen und kulturelle Projekte. Bei ökologischen Krediten wird hauptsächlich in erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft und Bausanierung investiert.

Die ethischen Banken bedienen sich bei der Beurteilungen von möglichen Geschäftspartnern mehrerer *Rating-Agenturen*, die sich im Bereich Nachhaltigkeit spezialisiert haben. Das sind in der Bundesrepublik die Agenturen oekom in München, imug in Hannover und Sustainalytics in Frankfurt. Auf deren Webseiten finden sich einige wertvolle Informationen für interessierte Menschen.

Ein bisschen Öko von der Großbank?

Ethische Kapitalanlagen am Finanzmarkt werden nicht nur von alternativen Banken angeboten. Auch private Großbanken bieten solche Investitionsmöglichkeiten über eigene oder über unabhängige nachhaltige Fonds an. Unterschiedliche und zum Teil fragwürdige Kriterien zur Beurteilung von Unternehmen werden herangezogen, zahlreiche Rating-Agenturen und ethische Fonds stehen zur Wahl. Als Ergebnis tauchen 29 von 30 DAX-Unternehmen in ethischen Fonds auf. Gründe dafür sind z.T. der „Best in Class“ Ansatz, bei dem der Beste einer Branche als nachhaltig gilt, und die Gewichtung der Daten, bei der die Corporate Social Responsibility und die vom Konzern selbst veröffentlichten Nachhaltigkeitsberichte stärker berücksichtigt werden als die durch die Geschäftstätigkeit angerichteten Schäden. So war z.B. der Ölkonzern BP vor der Katastrophe im Golf von Mexico im Dow Jones Sustainability Index vertreten.

Mitunter bedienen sich selbst ethische Banken dieser Logik. So hält die GLS Bank Aktien des Autokonzerns Renault, da er im Rating unter den Autoherstellern als „Best in Class“ gekrönt wurde.

Die Alternativbanken

EthikBank, Triodos Bank, Umweltbank und GLS Bank

Wer möchte, dass das eigene Geld nicht für Atom- und Rüstungsgeschäfte eingesetzt wird, wer eine Bank sucht, die Spekulation mit Nahrungsmitteln ebenso meidet wie anrüchige Geschäfte in Schattenfinanzplätzen, sollte zu einer der Alternativbanken wechseln.

EthikBank

Die EthikBank investiert nur in nach ethischen, sozialen und ökologischen Kriterien ausgewählten Fonds. Neben negativen Ausschlusskriterien wie Atomkraft und Kinderarbeit ist dabei auch ein positives Engagement der Firmen wesentlich. In uneindeutigen Fällen können die Kunden über Abstimmungen an der transparenten Auswahl mitwirken. Ein wichtiges Korrektiv, da die Bank sich bei der Bewertung auf externe Analysen verlässt. Eigenes soziales Engagement zeigt die EthikBank mit dem Girokonto für ökonomisch ausgegrenzte Menschen. Außerdem bietet sie eine Riesterreente garantiert ohne kritische Investitionen an. Bei einigen Anlageprodukten können sich Kunden zwischen einer Förder- und einer Rendite-Variante entscheiden.

Die kleinste Alternativbank wurde 2002 als Tochtergesellschaft der Volksbank Eisenberg eG gegründet.

GLS Bank

Die GLS Bank ist eine Genossenschaftsbank, die ihr Geld und das ihrer Kunden nur in Unternehmen anlegt, die den sozial-ökonomischen Positivkriterien entsprechen und keine Ausschlusskriterien verletzen, die von dem eigenen unabhängigen Anlageausschusses festgelegt wurden. Das Kapital wird zur Hälfte für Kredite vergeben, vor allem in Bildungseinrichtungen, ökologische Landwirtschaft und erneuerbare Energien. Die geführten Aktien werden von der Nachhaltigkeits-Rating-Agentur imug geprüft. Alle Investitionen sind auf der Homepage der Bank transparent einsehbar.

Als Universalbank bietet sie u. a. Girokonten, Tagesgeldkonten und Sparkonten an. Als einzige der Alternativbanken hat sie ein kleines Netz von sieben Filialen in Deutschland und erwägt zudem eine Ausweitung nach Österreich.

Die „Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken“ war Deutschlands erste Bank mit ethisch-ökologischer Ausrichtung und entstand 1974 in Bochum aus anthroposophischem Kontext. Spätestens seit Übernahme der Ökobank im Jahr 2003 sind jedoch sozial-ökologische

und nicht nur anthroposophische Kriterien entscheidend für ihr Engagement.

Triodos Bank

Die Triodos Bank ist die erste europäische und dabei umsatzstärkste ethische Bank. Als Aktiengesellschaft wird sie von einer Stiftung getragen, deren Ziel soziale, ökologische und kulturelle Nachhaltigkeit durch direkte Investitionen ist. Auch ihr Engagement entscheidet sich nach Positiv- und Negativkriterien, die sie ebenso wie alle Finanzierungsprojekte und Bilanzen einsehbar macht. Mindestens 70 Prozent des angelegten Kapitals will sie als Kredite an zu fördernde Projekte vergeben, der Rest soll vor allem Mikrokrediten in armen Ländern dienen.

Die in Deutschland noch junge Bank bietet ein Tagesgeldkonto und Kreditkarten; Girokonten sollen voraussichtlich 2012 folgen.

Die Triodos Bank wurde 1980 in den Niederlanden ebenfalls von AnthroposophInnen gegründet. Sie unterhält eigenständige Niederlassungen in Großbritannien, Belgien, Spanien und seit 2009 auch in Deutschland.

Umweltbank

Die UmweltBank ist eine Aktiengesellschaft, die sich auf die Finanzierung von Umweltprojekten konzentriert. Sie bietet ein umfangreiches Angebot an Anlagemöglichkeiten im Umweltsektor, sowohl am Kapitalmarkt als auch im Kreditgeschäft. Die am Kapitalmarkt investierten Anlagen konzentrieren sich auf Unternehmen der Solar- und Windenergie sowie der Recyclingbranche. Bei den Spareinlagen sind Solarenergie und ökologische Baufinanzierung die zwei prominentesten Zweige.

Auch hier gibt es kein eigenes Girokonto, aber Tagesgeld- und Sparkonten.

Die im Streubesitz befindliche Bank erhielt 1997 in Nürnberg ihre Lizenz als Vollbank.

Die Alternativbanken waren von Anfang an stark miteinander verknüpft: Unter dem Einfluss der anthroposophischen Lehre Rudolf Steiners sowie der 68er Bewegung entstanden auf der Suche nach alternativen Wirtschaftssystemen fast zeitgleich die GLS Bank und die Triodos Bank. Die wenige Jahre später gegründete Ökobank entstammt der Umwelt- und Friedensbewegung, geriet aber 1999 und 2000 in eine ökonomische

Schieflage, bis sie 2003 von der GLS Bank übernommen wurde. Der ehemalige Vorstandschef der Ökobank, Horst Popp, gründete bereits 1994 die UmweltBank. Die Triodos Bank und die GLS Bank gehören zum ersten internationalen Netzwerk sozial-ökologischer Banken, der „Global Alliance for Banking on Values“. Zusammen mit zehn anderen ethischen Banken gründeten sie das Bochumer Ausbildungsinstitut für Social Banking.

Geld und Glaube

Auch einige Kirchenbanken, etwa die Steyler Bank, die Bank für Orden und Mission oder die Bank für Kirche und Diakonie, bedienen inzwischen Privatkunden und unterwerfen ihre Anlagepolitik ethischen Kriterien wie dem „Best in Class“-Ansatz (investieren also in die vergleichsweise besten Unternehmen einer Branche).

Die Kirchenbanken haben etliche Ausschlusskriterien für ihre Investitionen festgelegt, wenngleich sie nicht so streng selektieren wie die vier Alternativbanken.

2008 ging die Bank für Kirche und Caritas in die Offensive und forderte von Banken und Fondsgesellschaften, auf Spekulation mit Nahrungsmitteln zu verzichten.

In der Regel sind die Kirchenbanken als Genossenschaften organisiert und verwalten die Finanzmittel etlicher Gemeinden und kirchlicher Institutionen. Die Gewinne kommen den tragenden Orden oder kirchlichen Einrichtungen zugute.

Transparenz ist dabei nicht ihr erstes Anliegen, was es erschwert, das Bankenhandeln komplett zu bewerten. Laut dem Spiegel sind einige der Banken durch widersprüchliches Anlageverhalten aufgefallen. Als die Pax-Bank 2009 für Investitionen in Rüstungsfirmen kritisiert wurde, korrigierte sie den Fehler sofort. Dennoch gilt hier: Vorsicht beim Fondskauf! Hinter wohlklingenden Namen wie „KCD-Union Nachhaltig“, „LIGA-Pax-Aktien/Cattolico-Union“, oder „Kepler Ethik Aktien“ verbergen sich Investitionen in Unternehmen wie BHP Billiton, Nestlé, Vodafone, HSBC, Rio Tinto, Chevron oder Royal Dutch Shell.

x-markets

Freuen Sie sich über steigende Preise?

Alle Welt spricht über Rohstoffe – mit dem **Agriculture Euro Fonds*** haben Sie die Möglichkeit an der Wertentwicklung von sieben der wichtigsten Agrarrohstoffe zu partizipieren.

DB Platinum Agriculture Euro Fonds
WKN A0N AWS (R1C – thesaurierend)

Investition in etwas Greifbares.

Leistung aus Leidenschaft. **Deutsche Bank**

*) Dies ist ein Teilfonds von DB Platinum.
Eine umfassende Beschreibung der Fondsbedingungen enthält der Verkaufsprospekt des Fonds. Diesen erhalten Sie kostenlos bei Ihrem Berater in den Investment & FinanzCentern der Deutschen Bank und bei Deutsche Bank AG, TSS/Global Equity Services, Taubusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main.

Geschmacklosigkeit im Quadrat: Auf Brötchentüten warb die Deutsche Bank 2008 für ihre Geschäfte mit dem Hunger. Siehe auch Artikel zur Nahrungsmittelspekulation auf Seite 9.

Sparkassen und Genossenschaftsbanken

Manchmal eine gute Alternative

Ein soziales, ökologisches und demokratisches Bankenwesen muss dezentral sein. Viele Menschen möchten oder können ihre täglichen Geldgeschäfte nicht komplett per Onlinebanking oder Telefon durchführen. Sparkassen und Genossenschaftsbanken kommen – neben den Alternativbanken – am ehesten der Idee einer gemeinwohlorientierten Finanzwirtschaft nahe. Auch bezüglich der Attac-Forderung nach demokratischer Kontrollierbarkeit bieten die kommunal verankerten und mit Beteiligungs-Strukturen ausgestatteten Finanzinstitute einiges.

Sowohl bei Genossenschaftsbanken als auch bei Sparkassen sind positive Veränderungen der Geschäftspraxis weit eher zu erstreiten als bei den Privatbanken. Doch die Unterschiede schon allein unter den verschiedenen Sparkassen sind groß und machen eine Recherche wichtig, wenn die eigene Entscheidung über die richtige Bank ansteht.

Sparkassen

Sparkassen haben in der Theorie ein gutes Geschäftsmodell, das Rendite nicht als Hauptzweck definiert. Im geschäftspolitischen Alltag verhalten sie sich allerdings oft wie eine der Privatbanken, deren primäres Ziel die Rendite ist.

Der öffentliche Auftrag wird dann im Nachhinein erst durch Existenzgründungen, Sponsoring und Stiftungen wahrgenommen. Dadurch verspielen Sparkassen allerdings ihre Daseinsberechtigung: den öffentlichen Auftrag, der darin besteht, kommunale beziehungsweise regionale Kreditfinanzierung zu betreiben, unter Umständen auch ohne hohe Renditeaussichten.

Die Sparkassen sind Anteilseigner der Landesbanken, die ursprünglich die wichtige Aufgabe hatten, bestimmte Dienstleistungen für die Sparkassen zu erfüllen, Liquiditäts- und Währungsvorräte bereit zu halten und mehr.

Ein Eingriff von der europäischen Ebene läutete eine neue, noch problematischere Ära ein: Als die EU das Ende der „Gewährträgerhaftung“, einer verbindlichen Absicherung der Landesbanken durch die Bundesländer, erzwang, wurde ihnen faktisch vorgeschrieben, sich wie Privatbanken zu verhalten. Bevor die Gewährträgerhaftung endete, warben die Landesbanken noch einmal kräftig um Geld und hatten dann so viel, dass die meisten von ihnen dem Trend folgten und massenhaft Verbriefungen kauften. So haben sich die Landesbanken schlimm verspekuliert. Für ihre Schulden müssen die Länder und Sparkassen aufkommen. Die Landesbanken

haben – auch schon vor dem Ende der Gewährträgerhaftung – in etliche verantwortungslose Projekte investiert. Ein aktuelles Beispiel ist das Engagement für den Atomkraftwerke-Betreiber Tepco aus Japan durch die West LB.

Genossenschaftsbanken

Genossenschaftsbanken haben ebenso wie Sparkassen ein Geschäftsmodell, das in erster Linie auf nachhaltigere Investitionen zielt. Stabile Rendite hat Vorrang vor risikoreicher Spekulation.

Dem Genossenschaftsgesetz gemäß hat jedes Genossenschaftsmitglied eine Stimme, unabhängig von der Höhe eigener Einlagen. Das ist ein wichtiger demokratischer Vorteil gegenüber den dramatischen Ungleichgewichten in Aktiengesellschaften, wo der Vertreter eines größeren Aktionärs über Millionen von Stimmen verfügen kann. Per Gesetz sind Genossenschaftsbanken primär dem Wohl der Genossen verpflichtet, das heißt ein Renditedruck ist durchaus vorhanden. Einen Schritt weiter könnten Genossenschaftsbanken gehen, wenn Gemeinwohl – ähnlich wie bei den Sparkassen – neben dem Renditeziel auch eine Rolle spielte. Allerdings spekulieren auch Genossenschaftsbanken vor allem über die Genossenschaftszentralbank DZ Bank im globalen Finanzcasino mit.

■ Fazit

Auch wenn einige Genossenschaftsbanken und Sparkassen an den Finanzmärkten mit spekulieren und unlautere Investitionen tätigen, sind sie doch meistens den privaten Geschäftsbanken vorzuziehen.

Sie sind immer noch mehr am Gemeinwohl orientiert als die großen Geschäftsbanken. Zudem haben wir als Bürgerinnen und Bürger an der Wahlurne theoretisch auch Einfluss auf die Geschäftspolitik der Sparkassen. Denn deren Aufsichtsorgane, die Verwaltungsräte sind mit gewählten PolitikerInnen oder von ihnen bestimmten Bürgern besetzt, die den Vorstand bestellen und die groben Linien der Geschäftspolitik festlegen. Doch auch die demokratische Kontrolle einer Sparkasse sollte sich nicht in einer Stimmabgabe erschöpfen, zumal die Verquickung von Sparkassen- und Politikerinteressen in manchen Orten zu problematischen Entscheidungen führten.

Die meisten kleinen Unternehmen vor Ort werden von Volksbanken und Sparkassen finanziert. Diese Unternehmen sind darauf dringend angewiesen, da die

Großbanken an diesem Geschäft in der Regel aus Renditeüberlegungen kein Interesse haben.

Wer eine Bank vor der Haustüre haben möchte, ist mit Sparkassen- und Volksbanken viel besser beraten als mit den privaten Geschäftsbanken.

Der Kampf für soziale und demokratische Entscheidungen der Sparkassen und Genossenschaftsbanken kann mit einem ernstem Gespräch über deren Praxis

beginnen. Denn es ist ihnen nicht egal, wie sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Kritische Fragen werden auch im jeweiligen Fachverband weiter diskutiert.

Nehmen Sie die lokale Bank unter die Lupe!

Wer den Wechsel zu einer Sparkasse oder Volks- und Raiffeisenbank in Erwägung zieht, sollte die mögliche neue Bank genauer unter die Lupe nehmen – es gibt große Unterschiede! Bitten Sie dazu um ein Gespräch mit einem Bankvertreter, von dessen Verlauf Sie Ihre Entscheidung für oder gegen die Bank bzw. Sparkasse abhängig machen!

■ Fragenkatalog

Wo investiert die Bank?

- Welche ethische Leitlinien für ihre eigenen Investitionen hat die Bank // die Sparkasse formuliert? Schließt sie zum Beispiel Investitionen in klimafeindliche Technologien und Atomkraft aus?
- Investiert die Bank // Sparkasse in Agrarrohstoffe? Bietet sie Termingeschäfte oder Indexfonds mit Agrarrohstoffen an?
- Hat die Bank // Sparkasse Geld in der Rüstungsindustrie?
- In welche klimafreundlichen Technologien investiert die Bank // die Sparkasse?
- Welche konkreten kommunalen Projekte und Unternehmen unterstützt die Sparkasse // Volksbank?
- Gab es Fälle, bei denen die Bank die Gemeinwohl-Auswirkungen ihrer Kredite diskutiert hat? Mit welchen ethischen Argumenten und zu welchen sozio-ökonomischen Auswirkungen der finanzierten Vorhaben (z.B. Ansiedlung problematischer Industrie, Massentierhaltungsanlagen)?
- Beim Umgang mit dem Geld gibt es große Unterschiede. Verzichtet die Bank bewusst auf spekulative Anlagen? Verzichtet sie auf komplexe Anlagen, deren Risiken und Nebenwirkungen nur schwer zu verstehen sind?
- Betreibt die Bank Investitionen über andere Banken oder Gesellschaften?
- Macht sie diesen dabei Vorgaben für die Anlagen?

Geschäftspolitik:

- Wie geht die Bank mit Schattenfinanzplätzen um? Wie damit, dass Dachverbandsbanken und Landesbanken dort möglicherweise aktiv sind?
- Von welchen Fondsgesellschaften bekommt die Bank Provisionen? Wie geht die Bank mit dem Konflikt zwischen Kunden- und Provisionsinteressen um?
- Ist die Sparkasse Anteilseignerin an einer Landesbank? Wenn ja, wie weit war diese Landesbank in Spekulationen mit Subprime-Krediten verwickelt? War die Sparkasse darüber informiert?
- Bemüht sich die Bank, über ihren Verband Einfluss zu nehmen auf die Geschäftspolitik ihrer Verbandsbanken (bei den Sparkassen: Dekabank und Landesbank, bei den Genossenschaftsbanken die DZ-Bank)?
- Welche KommunalpolitikerInnen oder sachkundigen BürgerInnen sitzen im Verwaltungsrat der Sparkasse? Wer sitzt gegebenenfalls im Verwaltungsrat der Landesbank und trägt damit die Mitverantwortung für die Aufsicht über die Geschäftspolitik der Landesbank?
- Frage an die Genossenschaftsbanken: Wäre es nicht sinnvoll, neben dem Renditeziel auch ein Gemeinwohlziel in Ihrer Geschäftspolitik zu etablieren?

Lassen Sie sich nicht durch Hochglanzbroschüren oder durch Hinweise auf das Internet abspesen! Bestehen Sie auf einer persönlichen Erläuterung. Hilfreich sein könnte auch der Offenlegungsbericht der Sparkasse, den sie auf Nachfrage aushändigen sollte oder besser noch auf ihrer Internet-Seite bereitstellt.



Los geht's – Krötenwanderung konkret!

Politischen Druck auf die Banken machen!

■ Viele WechslerInnen machen Druck

Jede und Jeder kann selbst entscheiden, das eigene Geld denjenigen Banken zu entziehen, die Geschäfte auf Kosten der Menschen machen.

Aus den vielen kleinen Schritten kann eine Bewegung werden, ein unüberhörbarer Protestschrei – und ein Vieltausendfaches „Ja“ für ein anderes Bankenhandeln.

Deshalb sammeln wir Wechsel-Meldungen und machen sie öffentlich.

Schon im Vorfeld haben die Banken reagiert. Postbank und Ing Diba betonen, dass sie nicht für ihre Mutterkonzerne bzw. Mehrheitseigner verantwortlich gemacht werden wollen, die Deutsche Bank ließ bei Attac anrufen um mitzuteilen, dass man mit uns nicht reden wolle. Die Banken werden noch viel mehr Druck erleben.



■ Gemeinsam für ein anderes Bankensystem

Die letzten Jahre haben gezeigt, wie gründlich die Banken ganze Gesellschaften in die Krise stürzen können. Die Politik hat viel zu wenig getan mit dieser Erkenntnis.

Auch deshalb wollen wir mehr erreichen, als ausschließlich massenhaften Bankwechsel. Die Folgen des Bankenhandelns gehen alle an – die privaten Großbanken müssen zusätzlich durch vielfältigen Widerstand und politisches Handeln gestoppt werden.

Wir wollen einladen zum öffentlichen Protest für andere Banken. Wir organisieren Aktionen beispielsweise bei Hauptversammlungen, vor wichtigen politischen Entscheidungen oder zu anderen geeigneten Gelegenheiten.

Wechseln Sie Ihre Bank und streiten Sie mit uns für weitergehende Veränderungen!

Unsere drei Kernforderungen sind:

- Großbanken schrumpfen
- Finanzmärkte entwaffnen
- Banken an den Krisenkosten beteiligen, aber richtig

■ Weitersagen – Weiterfragen!

Bei welcher Bank ist Ihre Kirchengemeinde, Ihr Verein?

Beim Bankwechsel kann Jede und Jeder mitmachen. Es ist ganz leicht, die Wirkung noch zu verstärken, wenn Wechsel-Aktive auch ihre FreundInnen und Bekannte ansprechen.

Oder eben Vereine und Institutionen, die oftmals viel größere Summen anlegen oder über ihre Konten bewegen. Wir sind davon überzeugt, dass es vielen Kirchengemeinden, Eltern-Kinder-Vereinen, Umwelt- oder Kulturgruppen nicht gleichgültig ist, wem sie ihr Geld anvertrauen.

Eine Bank, die Atomkonzerne finanziert, Geschäfte mit dem Hunger macht und in Schattenfinanzplätzen sowohl Steuerhinterziehung ermöglicht als auch besonders riskante Spekulation betreibt, passt schlecht zur gemeinsamen Arbeit für eine demokratische, solidarische Welt, für eine soziale und ökologische Politik.

Die Bankwechsel-Kampagne von Attac will deshalb auch Organisationen einladen, sich mit ihrer Bank auseinander zu setzen.

Sprechen Sie uns an. Wir informieren gerne auch in direkten Gesprächen, können ReferentInnen vermitteln und stellen Material speziell für die Diskussion in den Gremien zur Verfügung.

Wechseln leicht gemacht

Checklisten und Vordrucke



Checkliste 1 – So wechsele ich die Bank

Sparbücher und andere Geldanlagen verlagern

Der Abzug von Sparbüchern und anderen Geldanlagen ist schmerzhaft für ein Geldinstitut. Diese Sprache versteht jede Bank! Zudem ist diese Form von Wechsel weniger aufwändig als beim Girokonto. Als erstes müssen Kündigungsfristen geprüft werden. Verschaffen Sie sich einen Überblick über die Angebote der ausgewählten Bank.

Das Girokonto umziehen

Zentrales Instrument für den Geldverkehr ist das Girokonto. Nur manche Banken verdienen damit wirklich Geld, vor allem, wenn ein Konto hohe Guthaben aufweist oder tüchtig Soll-Zinsen zu kassieren sind.

Trotzdem sind die Banken scharf auf Girokonto-Kunden. Denn diese Beziehung bindet die meisten KundInnen auch bei anderen Geldgeschäften eng an das jeweilige Institut. Der Wechsel des Girokontos ist aufwändiger als der eines Sparbuches. Dafür bietet bereits die Wechselphase die Gelegenheit, vielen Menschen und Institutionen deutlich zu machen, dass die Abkehr von dieser Bank dringend Not tat. Für die verlassenen Banken ein unüberhörbarer Warnschuss!

Natürlich sollten sich die Laufzeiten von altem und neuem Girokonto überlappen, um den Wechsel peu a peu zu organisieren und keine nervigen Rückbuchungen etc. zu verursachen.

Neues Konto eröffnen. Formular bei der Bank der Wahl anfordern oder herunterladen. Ausfüllen. Bei einer Konto-Eröffnung aus der Ferne (was bei den Alternativbanken für die meisten NeukundInnen der Fall sein wird) mit dem Personalausweis zur Post gehen und dort legitimieren lassen – alles zusammen abschicken. Ziemlich bald kommen Infos und Zugangsdaten per Post.

Vollständig informieren. Wem muss der Wechsel eines Girokontos mitgeteilt werden? Die folgende Liste hilft. Hilfreich beim persönlichen Konto-Umbau ist außerdem der Abgleich mit den Kontoauszügen der letzten zwölf Monate.

Regelmäßige Kontobewegungen (Daueraufträge, Einzüge, Gehaltszahlungen) **umschreiben lassen** bzw. Umschreibungen veranlassen.

Nach erfolgreicher Aufräumarbeit das alte Konto **schriftlich kündigen**. Bei mehreren KontoinhaberInnen müssen alle unterschreiben. Restguthaben wird auf's neue Konto transferiert (Rest-Minus führt zu einer Abbuchung vom neuen Konto).

Geben Sie uns Bescheid!

Damit Ihr Bankwechsel auch seinen politischen Druck entfalten kann, teilen Sie ihn uns doch bitte mit! Unter www.attac.de/bankwechsel gibt es dafür eine Erklärung, mit der wir aus jedem Wechsel ein öffentliches Bekenntnis machen können.

Senden Sie Ihrer bisherigen Bank einen „Abschiedsbrief“

Und zu guter Letzt: lassen Sie Ihre Bank wissen, warum Sie sie verlassen, um Ihren Bankwechsel noch wirksamer werden zu lassen. Ein Vorschlag für so ein Schreiben findet sich online unter <http://link.attac.de/bankabschied>. So können Sie das Schreiben individuell anpassen und ausdrucken.



Checkliste 2 – Neue Bankverbindung mitteilen

Sinnvoll ist es, allen per Post die persönlich unterschriebene Konto-Adressen-Änderung zu vermitteln. Bei größeren Einrichtungen Kunden- oder Versicherungs- bzw. Steuernummern angeben.

Zum Thema Wohnen und Freizeit

- Vermieter
- Energieversorger (Wasser / Strom / Gas / Abwasser / Müll)
- Anbieter von Telefon / Handy / Internet / Kabelanschluss
- GEZ
- Verkehrsverbund / Bahn?
- Vereine / Verbände (Mitgliedsbeiträge, Spenden)
- Abo-Abteilungen von Zeitungen und Zeitschriften / Theater
- Kurse / Musikschule / Kinderprogramm / Taschengeld
- Versandhäuser / Buchclubs und ähnliches
- Verkehrsclubs
- Firmen mit Kundenkarten / Bonusprogrammen

Rund um Behörden und Institutionen

- Arbeitgeber und andere Quellen regelmäßiger Einnahmen / Erstattungen / Ausschüttungen von Geldanlagen
- Arbeitsamt
- BAföG-Amt
- Renten- und/oder Kindergeldstelle
- Finanzamt (Steuer, Kfz) / Steuerberater
- Schule / Kindergarten / Kinderbetreuung
- Berufsgenossenschaft / Gewerkschaft
- Wenn vorhanden: Anbieter von Kreditkarten / Kreditverträge
- Bausparkasse

Versicherungen

- Sozialversicherungen (Krankenversicherung, Rentenversicherung)
- Haftpflicht
- Rechtsschutz
- Kfz / Hausrat
- Lebensversicherung
- Unfallversicherung
- Wohngebäude
- Sonstige Versicherungen

Argumente auf einen Blick

Bank	Kriterium	„systemrelevant, muss gerettet werden“	aktiv in Schattenfinanzplätzen	Spekulation mit Nahrungsmitteln	Investiert in Rüstungs- und/oder Atomindustrie	Besonders lobby-aktiv	bevorzugt regionale Kreditnehmer	Demokratische Kontrolle möglich	Transparente Geschäftspraxis	Schließt klar schädliche Investitionen aus
Deutsche Bank		--	--	--	--	--	0	--	-	-
Postbank (Mehrheit gehört Deutscher Bank)		-	-	0	0	-	0	--	-	-
Commerzbank		--	--	-	--	--	0	--	-	-
UniCredit (HVB)		-	-	-	--	-	0	--	-	-
ING Diba / ING*		+/-	+/-	0/0	0/--	0/k.A.	0/k.A.	--/--	0/-	-/-
Sparkassen / Landesbanken und Dachverbandsbank*		+/-	0/-	0/-	0/-	0/0	+/+	+/0	0/-	-/-
Volks- und Raiffeisenbanken / DZ-Bank*		+/+	0/-	0/-	0/-	0/0	+/0	+/0	0/-	-/-
GLS Bank		+	+	+	+	0	0	+	++	++
Triodos		+	+	+	+	0	0	0	+	++
Umweltbank		+	+	+	+	0	0	-	+	++
Ethikbank		+	+	+	+	0	0	+	++	++

* Hinter dem Schrägstrich ist jeweils die Bewertung des Mutterkonzerns (bei der ING Diba die ING Groep in den Niederlanden), der Zentralbank (bei den Raiffeisenbanken die DZ-Bank) oder Landesbanken und Deka-Bank (bei den Sparkassen) notiert.

■ **Legende**

--	Starke Abwertung
-	Abwertung
0	neutral
+	Aufwertung
++	Starke Aufwertung

Girokonditionen bei Alternativ- und Kirchenbanken

Bank	Eigner der Bank, „Säule“	Kontenzugriff	Preis pro Jahr	Überweisungen	Bargeldversorgung	Kosten für die BankCard p.a.
GLS Bank	Alternative Bank, gehört den GenossInnen	online	24 €, bis 27 Jahre kostenlos	10 im Monat kostenlos bei MobileTAN	1	15 €, bis 27 Jahre kostenlos
EthnikBank	Tochter der Volksbank Eisenberg eG	online	60 € ab dem 24. Lebensjahr*	kostenlos	1	kostenlos
Triodos Bank	Nicht börsennotierte Aktiengesellschaft	kein Girokonto (geplant für Ende 2012)				
UmweltBank	Aktiengesellschaft, kein Mehrheitseigner	kein Girokonto				
Bank für Orden und Mission	Zweigniederlassung der Volks- und Raiffeisenbank Untertannus eG	online	60 € pro Jahr	Online: kostenlos	1	10 €
LIGA-Bank	kirchliche Genossenschaftsbank	Online und über Filiale möglich	kostenlos als Gehalts-Konto oder Alter unter 25 Jahre	Verschiedene Konten: kostenlos bis zu 1 €	an allen LIGA-Filialen**	k.A.
Bank für Kirche und Diakonie eG - KD-Bank	Genossenschaft, evangelische Kirchenbank	online	60 €, bis 27. Lebensjahr oder unter anderen bestimmten Bedingungen kostenlos	kostenlos	1	5 - 20 €, je nach Umsatz
Bank im Bistum Essen eG	Genossenschaft für Privatpersonen im kirchlichen Dienst	online	kostenlos, Führung als Gehaltskonto, kein monatl. Mindesteingang	beleglos: kostenlos	2***	kostenlos
Bank für Kirche und Caritas eG	Genossenschaft für Finanzdienstleistungen katholischer Einrichtungen	online, es gibt nur die Filiale in Paderborn	kostenlos ohne Bedingungen	keine eindeutige Angabe	1	5 €
Steyler Bank	GmbH des Steyler Missionsordens	online	30 €	Online: kostenlos	2	5 €

* derzeitige Aktion: ein Jahr kostenlose Kontoführung bei Abschluss bis 30.09.2011

** und an bestimmten Tagen kostenlos an allen Automaten von 1

*** und an bestimmten Tagen mit Kreditkarte an allen Geldautomaten kostenlos

1 = Bankcard Servicenot (insgesamt 18.600 Automaten in Deutschland; viele Volksbanken, Raiffeisenbanken, PSD und Sparda Banken)

2 = Cash-Pool (insgesamt 2.500 Automaten in Deutschland, Mitglieder: <http://www.cash-pool.de>)

Kampagne heißt auch: kreativ aktiv

■ Kampagnen-Schwerpunkt Postbank

Die Bankwechsel-Kampagne ruft dazu auf, allen zerstörerischen Großbanken den Rücken zu kehren. Besonders erfolgversprechend und wichtig ist das bei der Postbank, die erst seit Ende 2010 mehrheitlich zur Deutschen Bank gehört.

Rund 4,5 Millionen Menschen haben ihr Girokonto bei der Postbank, insgesamt zählt sie über 14 Millionen KundInnen – gefragt wurde von denen niemand, ob er oder sie gerne Manövriermasse für die mächtige Bank des Josef Ackermann sein möchte. Viele Jahre lang grenzte der „Branchenprimus“ Menschen mit kleinen Einkommen rabiat aus. Heute weiß die Deutsche Bank: Mit ihnen kann sie die verschärften Liquiditätsanforderungen mit Leichtigkeit erfüllen.

Jeder Postbankkunde und jede Postbankkundin sollte überlegen, ob er oder sie dazu beitragen will, dass diese Rechnung aufgeht und wie sie zu den anderen „Besonderheiten“ der neuen Mehrheits-Eignerin der Postbank steht!

Keine andere deutsche Bank investiert so massiv in Rüstungs- und Atomgeschäfte, verdient in dem Maß am weltweiten Hunger, hat so viele Niederlassungen in Schattenfinanzplätzen wie die Deutsche Bank.

Das sind gute Argumente für einen Wechsel.

Zur „Krötenwanderung“ gehört deshalb ein kleines Faltblatt, das der Original-Postbank-Werbung zum Verwechseln ähnlich sieht, aber erzählt, wofür die neue Postbank jetzt auch steht.

In etlichen Städten fanden vor Postbankfilialen schon kleine Straßentheater statt. Zum Beispiel der „Zaubertrick“, in dem ein Magier zeigt, wie die Deutsche Bank die gelbe Bank verwandelt hat.

Weitere Ideen – auch zum Nachmachen – gibt es im Internet www.attac.de/bankwechsel/aktionen



Attacies graben einen Krötentunnel zum Hauptsitz der Postbank in Bonn (23.8.2011)



■ Bankwechselfest

Miteinander feiern, kurzen Vorträgen lauschen, gemeinsam diskutieren, Musik hören – Politik kann Spaß machen und neue Bekanntschaften bringen. Ganz besonders geeignet ist dafür die Bankwechselfest.

Die Kampagnengruppe hat etliche Ideen zusammengestellt, wie eine solche Party gelingen kann.

In immer mehr Städten laden Attac-Gruppen ein. Schon die Einladung kann richtig Lust machen.

Und dann geht es los: mit Musik und spannenden Infos, mit leckeren Fruchtcocktails in einer „Wechsel-Bar“ und „Fingerfood“, für das aus Pizzateig Hände geschnitten werden und in der von Josef Ackermann bekannten „Victory“-Pose geformt und gebacken werden.

Rezepte, Ideen und Tipps für die Vorbereitung und den Ablauf gibt's im Internet.



Den nächsten Crash verhindern!

Acht Forderungen für ein besseres Bankensystem

Der nächste Crash des Finanzsystems ist wegen der inkonsequenten Reformen vorprogrammiert, darüber sind sich die meisten Finanzexperten einig. Weitere Staatsverschuldung, Sparmaßnahmen und Einschnitte in den Sozialstaat werden die Folge sein.

Damit es dazu nicht kommt, fordert Attac die rasche und konsequente Regulierung der Banken. Vor allem:

1. Großbanken verkleinern, Geschäfts- und Investmentbanking trennen

Viele Banken sind so groß geworden, dass sie im Krisenfall mit Steuermitteln gerettet werden müssen. Staat und Bürger befinden sich dann in einer Art Geiselhaut. Banken solcher „systemrelevanter“ Größe dürfen erst gar nicht entstehen. Dazu sind Bankenfusionen von den Kartellbehörden strenger zu prüfen. Existierende Banken systemrelevanter Größe gilt es zu verkleinern. Ein Schritt dazu wäre die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking, wie es in den USA bis in die 1990er Jahre üblich war. Solange systemrelevante Banken existieren, braucht es besondere Konkursverfahren, die grenzüberschreitend funktionieren. Im Insolvenzfall müssen auch für die privaten Gläubiger einer Bank Verluste drohen. Der Eigenhandel der Banken ist effektiv einzuschränken, auch wenn er über Tochtergesellschaften oder verbundene Unternehmen stattfindet; er bläht den Finanzmarkt auf, schafft verhängnisvolle Verflechtungen und führt zu Interessenskonflikten und zur falschen Beratung von Bankkunden.

2. Finanzmärkte entwaffnen, Schattenfinanzplätze schließen

Die massenhafte Spekulation mit Derivaten, in denen auf Preis- und Kursveränderungen gewettet wird, ist volkswirtschaftlich überwiegend nutzlos und gefährlich. Ein wirksames Mittel dagegen ist die Besteuerung aller Finanzgeschäfte (Finanztransaktionssteuer). Insbesondere die kurzfristigen Spekulationsgeschäfte, bei denen in Sekunden mehrfach am Tag große Summen hin und her geschauelt werden, würden damit unrentabel. Nötig ist aber auch ein Verbot des außerbörslichen und daher kaum kontrollierbaren Handels mit Derivaten. Leerkäufe

– eine besonders riskante Form der Spekulation – sollten schlichtweg verboten werden.

Neue Finanzprodukte müssen künftig von der Bankenaufsicht wie bei einem TÜV auf ihre Gefahren hin geprüft und erst danach zugelassen werden. Es muss eine unabhängige Bankenaufsicht auf nationaler, europäischer und auf internationaler Ebene geben. Deutsche Banken sind auch deswegen so stark in die Krise geraten, weil sie riskante Geschäfte aus ihrer Bilanz tricksen konnten. Alle Geschäfte international operierender Banken müssen in der Bilanz auftauchen, auch die über außereuropäische Zweckgesellschaften und die in Schattenfinanzplätzen getätigten.

3. Banken stärker zur Kasse bitten, Finanztransaktionssteuer einführen.

Die Bankenabgabe, die derzeit nur 1,2 Milliarden Euro jährlich als Rücklage für spätere Krisen erbringt, die Kosten der gegenwärtigen Krise jedoch bei den BürgerInnen belässt, muss dringend durch die vorgenannte Finanztransaktionssteuer ergänzt werden. Sie sollte deutlich höher liegen als die derzeit diskutierten 0,01%. Neben der Dämpfung der Spekulation würde sie Mittel für den Klimaschutz, für die Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt und für die Finanzierung der jetzigen Krisenkosten bringen.

Über diese drei Hauptforderungen zur Bankenregulierung hinaus gibt es aber noch mehr zu tun, etwa:

4. Auch Hedge- und Private Equity Fonds kontrollieren

Banken kooperieren mit oder gründen selbst Finanzmarktakteure, die keinen Bankenstatus besitzen, aber große Kapitalmengen sammeln und oft unverantwortlich investieren. Diese sogenannten Hedge- und Private-Equity-Fonds haben die Krise fast unbeschadet überstanden und werben wieder mit „Super>Returns“. Sogar der Präsident der Europäischen Zentralbank Jean-Claude Trichet hat für diesen Schattenbank-Sektor eine strikte Überwachung gefordert. Die Richtlinie zu Managern von Investmentfonds vom November 2010 kann nur als erster, keinesfalls ausreichender Schritt dahin betrachtet werden.



5. Eigenkapital erhöhen

Die zu geringe Eigenkapitalunterlegung führte auch in deutschen Banken zu einem selbstmörderischen Verschuldungsgrad. Die Beschlüsse des Basler Bankenausschusses („Basel III“) sind zu milde und lassen den Banken zu viele Schlupflöcher. Nötig sind deutlich höhere Eigenkapitalunterlegungen für Banken. Die Schweiz hat das erkannt und die Eigenkapitalquote ihrer zwei Großbanken gegenüber Basel III verdoppelt.

6. Angemessene Vergütungssysteme für Banker

Die bisherigen Vergütungen und Boni setzen falsche Anreize: Sie verleiten Banker zu riskanten Geschäften, zu kundenfeindlicher Beratung und sie sind ungerecht. Boni und Vergütungen müssen an die langfristige tatsächliche Leistung einer Bank und einer Person gebunden sein und dürfen ein gewisses Maß nicht überschreiten.

7. Unabhängige Rating-Agenturen

Gekaufte Ratings haben dazu geführt, dass weltweit in gut bewertete, tatsächlich aber marode Papiere investiert wurde. Rating-Agenturen dürfen nicht mehr durch die von ihnen beurteilten Unternehmen finanziert werden. Der Bock wird sonst zum Gärtner!

8. Reformen im Wirtschaftsrecht,

die eine Bestrafung von Verantwortlichen erleichtern. Bisher konnten nur wenige Manager und Aufsichtsräte von Pleitebanken gerichtlich verurteilt werden. Der zur Verurteilung nötige „Vorsatz der Untreue“ oder „grobe Fahrlässigkeit“ ist nach geltenden Rechts- und Verfahrensnormen aber schwierig nachzuweisen.

Jammern, drohen, verzögern, verwässern

Die Finanzlobby und die Bankenreform

Zu Beginn der im Herbst 2008 eskalierten Finanzkrise suchte man die Schuld noch in „Profitgier und Exzessen Einzelner“ oder beim Staat mit seiner Politik des billigen Geldes. Inzwischen hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass die Wurzel der Krise im Finanzsystem selber liegt. „Wir brauchen eine neue Finanzmarktarchitektur...“, forderte selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Höhepunkt der Krise, „[...] unregulierte Märkte führen ins Unglück“. Doch was ist aus den vielen Ankündigungen einer Bankenreform geworden?

- Am weitesten gingen die **Beschlüsse des Baseler Bankenausschusses zur Erhöhung der Kapitalbasis** von September 2010 („Basel III“). Banken müssen nun bis zu 13 Prozent Eigenkapital vorhalten, damit Verlustgeschäfte abgesichert sind. Dafür haben sie bis 2019 Zeit. Angesichts des Umfangs des Handels mit riskanten Papieren sind diese Eigenkapitalquoten zu niedrig, vor allem bei sogenannten „systemrelevanten“ Banken, die notfalls mit Steuergeld gerettet werden müssen. Gegen höhere Eigenkapitalquoten laufen Vertreter von Großbanken Sturm. Unter anderem warnen sie vor „Engpässen bei der Kreditvergabe“. Mit drohendem Unterton wird auch auf die weltweit uneinheitliche Einführung von Basel III verwiesen: Der Chef der Deutschen Bank Josef Ackermann sprach von Benachteiligungen deutscher Banken und deren „Abwanderung“. Es war dann auch die Bundesregierung, die bei den Basel-III-Verhandlungen auf die Bremse trat und höhere Eigenkapitalquoten sowie kürzere Übergangsfristen verhinderte.
- Aus einer jährlichen, vom Bilanzgewinn abhängigen **Bankenabgabe** sollen im Falle einer Krise wankende Banken gestützt werden. Im Vergleich zu anderen EU-Staaten fällt sie sehr gering aus. Und die Finanzlobby hat Schlupflöcher geschaffen: Die Bemessung des Bilanzgewinns orientiert sich nicht an internationalen Bilanzierungsstandards, sondern an den Standards des deutschen Handelsgesetzbuches. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, wie sie seit langem von Attac und inzwischen auch – in bescheidener Höhe von 0,01 Prozent – von Regierungen gefordert wird, lehnen die Banken ab. Sie argumentieren, diese müsste in allen Ländern eingeführt werden, sonst würde der „Finanzplatz Deutschland ausgetrocknet“ – wohl wissend, dass internationale Einstimmigkeit nicht zustande kommt.
- Ungenügend blieb das im März 2009 vom Kabinett verabschiedete **Gesetz zur Stärkung der Finanzaufsicht**. Die Aufsichtsbehörde wurde nicht bei einer unabhängigen Instanz, sondern beim Finanzministerium angesiedelt, wo die Lobbyisten der Banken ein und aus gehen. Der außerbörsliche Handel mit Credit Default Swaps, die inzwischen als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ gelten, wird weiterhin nur ungenügend kontrolliert.
- Das deutsche **Bilanzrecht** ist 2009 zwar modernisiert worden, enthält aber nach wie vor viele Schlupflöcher. So ist in den Bilanzen die Verlagerung von riskanten Bankgeschäften in international operierende „Schattenbanken“ und Hedge-Fonds immer noch verschleiерbar. Bankenvertreter drohten vor dem Pittsburgher Weltfinanzgipfel 2009 unverhohlen mit einer solchen Verlagerung, sollten sie durch „Überregulierung stranguliert werden“ – entsprechend milde fiel die Regulierung aus.
- Die Bundesregierung hat im August 2010 ein nationales **Bankeninsolvenzrecht** verabschiedet, das es ermöglichen soll, notfalls auch Großbanken abzuwickeln und so private Gläubiger am Verlust zu beteiligen. Wegen der internationalen Aufstellung der Großbanken wird dieses Ziel aber nicht erreicht.
- Das **Kreditwesengesetz** von 2010 wollte die Ausschüttung von Boni so regeln, dass Banker nicht wie bisher zu riskanten Finanzaktionen verleiten werden. Aber: Boni wurden nicht gedeckelt und inzwischen haben sie erneut unakzeptable Höhen erreicht.

Die Taktik der Bankenvertreter zur Verhinderung einer konsequenten Bankenreform ist deutlich: Jammern wegen Überregulierung, drohen mit Kreditklemme und Abwanderung, verwässern durch gesetzliche Schlupflöcher, verzögern durch Forderung nach international gleicher Einführung. Damit waren sie erfolgreich: „Wir spekulieren heute nicht anders als vor der Krise“, sagen Banker hinter vorgehaltener Hand. Vertreter des Internationalen Währungsfonds haben im März 2011 gewarnt, dass die Wahrscheinlichkeit einer neuen Finanzkrise inzwischen gestiegen sei. Eine konsequentere Durchsetzung der Bankenreform ist zu einer Überlebensfrage geworden und zur Bewährungsprobe der Demokratie gegenüber der Finanz-Lobbykratie.

Quellen- und Literaturangaben

Hier sind die wichtigsten Quellen unserer Recherche aufgelistet. Die ausführlichen Quellen- und Literaturangaben finden Sie auf www.attac.de/bankwechsel.

■ Kapitel Bankenrettung

Attac Bankentribunal 2010: <http://www.attac.de/bankentribunal>

BaFin Jahresbericht 2009: <http://www.bafin.de>

Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, Stabilisierungsmaßnahmen: <http://www.fmsa.de>

Bundesregierung, Antwort auf Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Volker Wissing, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP zu Systemrelevanz 2009

Global Alliance for Banking on Values: <http://www.gabv.org>

■ Kapitel Steueroasen

Anteilsbesitzlisten der Banken aus den Geschäftsberichten 2009

Bundesregierung, Antwort auf Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Alexander Bonde, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu Geschäftsaktivitäten von Tochtergesellschaften deutscher Banken in Steueroasen 2009

Firmendatenbank Grünwald

Broschüre „Tax us if you can – Wie sich Multis und Reiche der Besteuerung entziehen“, Internationales Netzwerk für Steuergerechtigkeit (tax justice network), 2006

Ötsch, Silke / di Pauli, Celia: Räume der Offshore-Welt. Steueroasen und Offshore-Zentren in Europa, 2009

Schattenfinanzplatzindex des Netzwerks Steuergerechtigkeit: <http://financialsecrecyindex.com>

■ Kapitel Geschäfte mit dem Hunger

Commerzbank Rohstoffradar

FIAN-Studie „The Impact of Europe’s Policies and Practices on African Agriculture and Food Security – Land Grab study“, CSO Monitoring 2009-2010

Jahresbericht Pioneer Investment 2010

Profundo, A research paper prepared for FIAN Deutschland e.V. „German investment funds involved in land grabbing“

■ Kapitel Atom- und Rüstungsgeschäfte

Banksecrets: <http://www.banksecrets.org>

Urgewald: <http://www.urgewald.de>

■ Kapitel Lobbyismus

Adamek Sascha / Otto, Kim: Der gekaufte Staat – wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben, Kiepenheuer und Witsch, Köln 2009

Lobbycontrol: <http://www.lobbycontrol.de>

Schober, Gottlob: Die deutsche Telekom – Lobbyarbeit für den Börsengang, in: Leif, Thomas / Speth, Rudolf (Hrsg.), Die Stille Macht. Lobbyismus in Deutschland, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2003

Bevölkerungsumfrage der Universität Hohenheim, Finanzkrise ist nicht zu bändigen 2010

■ Kapitel Positiv-Kriterien, Alternativbanken

Elkington, John: Cannibals with forks, New Society Publisher, Gabriola Island 1998

Geschäftsberichte 2009 von EthikBank, GLS Bank, UmweltBank und Triodos Bank

Finanztest 2/2007, Grüne Geldanlage

Finanztest 9/2009, Anständige Geschäfte. Ethisch-ökologische Banken.

Koslowski, Peter: Ethik der Banken und der Börse, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 1997

Pohl, Mafred: Entstehung und Entwicklung des Universalbankensystems, Knapp Verlag, Frankfurt 1986

■ Kapitel Sparkassen und Volksbanken

Aushauer, Günter, Sparkassen und Banken im Wettbewerb. Strukturwandel im deutschen Kreditgewerbe, Stuttgart 2005

Kluge, Arnd Holger, Geschichte der deutschen Bankgenossenschaften. Zur Entwicklung mitgliederorientierter Unternehmen (Schriftenreihe des Instituts für Bankhistorische Forschung e. V., Band 17), Frankfurt am Main 1991

Pohl, Hans / Rudolph, Bernd / Schulz, Günther, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der deutschen Sparkassen im 20. Jahrhundert (Sparkassen in der Geschichte, Forschung 18), Stuttgart 2005

Stiele, Mike, Wettbewerb im Bankensektor. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Wettbewerbsverhaltens der Sparkassen. Diss. Univ. Magdeburg., Wiesbaden 2008

■ Kapitel Wechselaufruf und -tipps

Finanztest, Girokonto: Bankwechsel leicht gemacht, 2010

Finanztest 8/2010, Grüne Geldanlage

Kessler, Wolfgang / Schneeweiß, Antje (Hrsg.): Geld und Gewissen. Was wir gegen den Crash tun können, Verlag Publik Forum, 2010

Urgewald: <http://www.urgewald.de>

■ Kapitel Finanzmarktpolitik-Bilanz und Forderungen

Attac Bankentribunal 2010: <http://www.attac.de/bankentribunal>

Attac, Financial Crimes 2010: <http://www.financial-crimes.net>

Wahl, Peter: Entwaffnet die Märkte! Der Finanzcrash: Ursachen – Hintergründe – Alternativen, Attac Basistext 32, 2009

Unsere Kampagnenmaterialien

Zu bestellen im Attac Webshop unter www.attac.de/shop, telefonisch unter 069/900 281-10 oder per Fax an -99.

Der Kampagnenflyer

Ob in der Fußgängerzone, auf Veranstaltungen oder im Freundeskreis: Dieser übersichtliche Flyer fasst alle unsere Argumente und Alternativen, die in unserer Broschüre dann ausführlicher nachgelesen werden können, knapp und ansprechend zusammen. Abgerundet durch Mitmachmöglichkeiten und Verweise auf weitere Infos bietet er einen optimalen Zugang zu unserer Kampagne. Also: Gleich bestellen!

Kostenlos gegen Versand erhältlich

Der Postbankflyer

Seit Ende 2010 gehört die Postbank mehrheitlich der Deutschen Bank. Ein guter Grund, Postbank-KundInnen zu fragen, ob sie bei dieser Bank bleiben wollen. Unser Flyer leistet dafür gute Dienste: er sieht aus, als sei er von der Postbank-Werbeagentur gestaltet. Doch in unserem Plagiat lautet der bekannte Werbespruch plötzlich „Unterm Strich zahl ich!“. Und die folgenden sieben Seiten klären prägnant und eindringlich darüber auf, welche Machenschaften des neuen Mehrheitseigners die alten KundInnen nun zwangsläufig unterstützen. Ein reizvolles und ansprechendes Material, das zum Wechsel und zum Protest aufruft und es verdient, nicht nur im Rahmen unserer Postbankaktionen verteilt zu werden.

Kostenlos gegen Versand erhältlich

Kröten-Aufkleberchen

Bring Kröten in Umlauf - damit sich Alternativen verbreiten!

46 kleine Krötenkleberchen in Größe etwa eines 2-Cent-Stückes warten darauf, auf Reisen geschickt zu werden! Die Tierchen machen an den passendsten und unpassendsten Stellen auf unsere Kampagne aufmerksam.

Und sie sind schon unterwegs. Diverse Attacies berichteten uns, dass sie am Frankfurter Bahnhof nach ihrem Einkauf als Wechselgeld einen Fünf-Euro-Schein mit kleinem, blinden Passagier erhielten. Natürlich ruft Attac nicht dazu auf, Kröten vorsätzlich zu verkleben oder verschönerte und beklebte Kröten in Verkehr zu bringen.

46 Aufkleberchen auf DIN lang-Träger für 25 Cent je Bogen im Webshop erhältlich

Die großen Aufkleber „Krötenwanderung“

Die drei prägnanten Slogans pro Aufkleberbogen eignen sich hervorragend dazu, Mitmenschen neugierig zu machen und zum Bankwechsel zu animieren.

"Feuer' Deine Bank! (Krötenwanderung jetzt!)"

"Krötenwanderung jetzt! (Bank wechseln - Politik verändern!)"

"Nix wie Weg-sel! (Krötenwanderung jetzt!)"

Ob auf Briefumschlägen, Ringbüchern und Aktenordnern oder auf Satteltaschen von Fahrrädern, diese Kröten-Aufkleber sind amphibische Hingucker.

Dreierset im Postkartenformat, kostenlos gegen Versand erhältlich

Diese Broschüre

... ist das Herzstück unseres gedruckten Materials. Natürlich soll auch sie möglichst viele Leserinnen und Leser erreichen.

Broschüre, A4, 32 Seiten, für 2 Euro im Webshop erhältlich

Unsere Website

Beinhaltet die große Bankenrecherche und unsere konkreten Wechseltipps. Sie dokumentiert Aktionen und Erfahrungsberichte, Rezepte und Banken-Reaktionen. Online kann JedeR hier seine Wechselabsicht bekunden und unsere Forderungen zur Regulierung der Banken unterschreiben. Ein Besuch lohnt – mehr als einer! www.attac.de/bankwechsel





www.attac.de/bankwechsel

